1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 15 vom 13. April 1984 | 18. Jahrgang | 1 DM

Bestätigung

Die Stellungnahmen der amtlichen Datenschützer in der BRD sind zumindest eines: Eine Bestätigung für alle die, die den bürokratischen Vollzugsbeamten des „Großen Bruders" in dieser BRD bisher schon alles zugetraut haben. Wenn schon diese Datenschutzbeauftragten eine gesetzliche Regelung fordern — wie wenig man sich davon auch immer versprechen kann — so ist dies zumindest doch eine Widerlegung der jahrelangen Bonner Behauptung, es gäbe keinerlei Tendenzen zu einem Überwachungsstaat. Selbst den neuen Personalausweis stellten sie — sehr schüchtern — in Frage. Um so mehr Grund, dagegen Druck zu machen.

Ehrlos?

„Strahlemann" Albrecht aus Niedersachsen macht es wahr: Nicht nur Berufsverbot im öffentlichen Dienst auch für DKP-Mitglieder, sondern nun auch Verbot ehrenamtlicher Tätigkeiten. Der ehrenamtlich tätigen Vollzugshelferin in der Jugendstrafanstalt Hameln-Tündern wurde die weitere Ausübung dieser Tätigkeit wegen ihrer DKP-Kandidatur bei den Kommunalwahlen 81 untersagt.

Dabei betonten Sprecher des Hannoveraner Innenministeriums, es ginge dabei gar nicht um konkrete Fragen, sondern sozusagen ums Prinzip. Kommunisten, so ist die Meinung dieser Herren, sind eben ehrlos, selbst wenn sie einer Partei wie der DKP angehören, die sich so verzweifelt bemüht, ihre Treue zum Grundgesetz darzustellen. In diesem Sinne könnte man ihnen natürlich auch die Ausübung von Funktionen in Sportvereinen usw. usf. verbieten ...

Heß-Freundeskreis

Während die DVU eine Propagandakampagne für Rudolf Heß mit Irving organisiert (siehe Berichte Seite 6), betont die Bundesregierung erneut, auch sie wolle sich für die Freilassung des obersten noch lebenden Nazifürsten einsetzen. Der Heß-Freundekreis ist eben doch ganz schön groß, größer als die DVU jedenfalls.

Schluß mit den Spitzengesprächen

Urabstimmung jetzt!

IG Druck & Papier beschließt Kampfmaßnahmen

Der Hauptvorstand der IG Metall hat auf seiner Sitzung am 9./10. April den Unternehmerverband Gesamtmetall zu einem zweiten Spitzengespräch aufgefordert. Gesamtmetall hatte seinerseits bereits ein weiteres Spitzengespräch vorgeschlagen. Der geschäftsführende Vorstand der IG Druck & Papier hat dagegen am 9.4. Kampfmaßnahmen beschlossen, um die Forderungen nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, Rationalisierungsschutzmaßnahmen und eine neue Lohnstruktur in der Druckindustrie zu unterstreichen.



Bochum: Nach ausgezeichneten Warnstreik-Ergebnissen bei Opel (Bild) und anderen Bochumer Metallbetrieben kam der 1. Bevollmächtigte der Bochumer IG Metall zu dem Ergebnis, daß eine Urabstimmung erfolgreich durchgestanden werden könne.

Die Entscheidung des IGM-Vorstandes für ein neues Spitzengespräch erfolgte keineswegs auf der Grundlage, daß die Unternehmer ein Entgegenkommen in der Frage der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auch nur angedeutet hätten. Ganz im Gegenteil erklärten Vertreter von Gesamtmetall teilweise noch während der IGM-Vorstandssitzung demonstrativ, ein Abrücken von der 40-Stunden-Woche sei nicht kompromißfähig.

Einen Tag vor der Entscheidung des IGM-Vorstandes präzisierte der Hauptgeschäftsfüh-

Fortsetzung auf Seite 3

Erneute Artilleriegefechte an der Grenze

Chinesisch-Vietnamesischer Konflikt verschärft

Zu den schwersten Zwischenfällen seit fünf Jahren kam es in der vergangenen Woche im Grenzgebiet zwischen der VR China und der SR Vietnam. Damals wie heute ist insbesondere die chinesische Argumentation doppelzüngig: Einerseits werden die eigenen Geschützsalven als „Antwort auf vietnamesische Übergriffe" dargestellt, andererseits als „Bestrafungsaktion" wegen Vietnams Eingreifen in Kambodscha.

Der „Kommunistenkrieg", wie stets gefundenes Fressen für die imperialistische Propaganda? Tatsache ist, daß natürlich diese Vorfälle breit ausgewalzt werden. Nur: Von einem Krieg zwischen Kommunisten kann dabei nicht die Rede sein. Wenn auf dieser Welt jeder das wäre, was er zu sein vorgibt, dann wäre sie wahrlich schon einen Schritt weiter. Und dabei ist die chinesische Politik eindeutiger festzuhalten als die vietnamesische. Die Allianz Pekings mit den Reaktionären der ganzen Region, einschließlich eines Marcos beispielsweise, ihre Zusammenarbeit mit Tokio, all das ist wesentlich klarere Tatsache als die oft behauptete Vasallenstellung Vietnams gegenüber der UdSSR. Unabhängig von einer Beurteilung des militärischen Eingreifens Vietnams in Kambodscha ist festzuhalten, daß chinesische Truppen nun wahrlich nicht der moralische Schiedsrichter bei diesen großen Problemen sind. Auch wenn feststeht, daß die Anwesenheit vietnamesischer Truppen in Kambodscha eine verurteilenswerte Tatsache ist, so ist es doch so, daß die Provokation in diesem Fall von Peking ausgeht, dessen Aktionen keinesfalls im Interesse der Völker Indochinas liegen. Eine Politik, die seit der sogenannten „Ping-Pong-Diplomatie" mit den USA während deren Bombenüberfälle auf Vietnam und Kambodscha schlechte Tradition hat.



Thailändische Soldaten halten vietnamesische Soldaten in den kriegerischen Auseinandersetzungen 1980 gefangen. Auch die jetzt wieder ausgebrochenen Kämpfe zwischen Vietnam und China sind nur auf dem Hintergrund der langanhaltenden Auseinandersetzungen zwischen Thailand, Kambodscha und Vietnam zu verstehen.

Vietnamesische Soldaten — gefangen in Thailand

BVG setzt sich über Bestimmungen des Grundgesetzes hinweg

Mehrfachbestrafung von Totalverweigerern für zulässig erklärt

In der vergangenen Woche hat das Karlsruher Bundesverfassungsgericht es abgelehnt, eine Beschwerde der beiden Totalverweigerer Schindowski und Böhm zuzulassen. Die beiden, die neben dem Antritt zur Bundeswehr auch den Ersatzdienst verweigert hatten, hatten Beschwerde gegen ihre Mehrfachverurteilung erhoben — diese ist nun, durch diesen Bescheid des BVG offiziell gebilligt.

Daß niemand mehr als einmal für seine „Tat" verurteilt werden kann, so steht es, wie in vielen anderen Staaten unterschiedlichster Gesellschaftsordnung, auch im Grundgesetz. Bereits im letzten Jahr war im Fall des Totalverweigerers Hansen dagegen verstoßen worden. Damals mit der Begründung, Hansen sei nicht als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen anerkannt — was bei den beiden jetzt aber der Fall ist. Damit werden Menschen zu Ausgestoßenen gemacht, für die das Gesetz nicht mehr gilt, sondern die willkürlich eingesperrt werden können. (Für die „Zeugen Jehovas" wurde hier — großzügig — eine Ausnahme gemacht).

Schindowski hatte zwei Strafen von sechs und acht Monaten, wobei das Landgericht Fürth das zweite Urteil auf Veranlassung des Bayerischen Obersten Landesgerichts aussprechen mußte. Auch Böhm bekam zuerst vier, dann acht Monate zugemessen. Niemand kann ernsthaft behaupten, hier handele es sich nicht um dieselbe Sache. Beide hatten ihren Ersatzdienst zunächst angetreten, um dann auszusteigen mit der Begründung, im Kriegsfall seien laut Gesetz auch EDler uneingeschränkt dienstpflichtig. Der Inhalt der Position des BVG bedeutet zweierlei: Erstens wird eine Gruppierung von Menschen für vogelfrei erklärt, zweitens soll dem grundlegenden Widerstand gegen Militarismus auf diese Weise ein gehöriger Dämpfer versetzt werden.

US-Zeitungen enthüllen

CIA verminte die Häfen Nicaraguas

In vielen US-Zeitungen, in Radio- und Fernsehanstalten der USA werden immer mehr Beweise dafür enthüllt, daß an der verbrecherischen Verminung der Häfen Nicaraguas die CIA und US-Militär direkt beteiligt waren und sind.

Nach gesicherten Angaben aus Kongreßkreisen wurde die Verminungsaktion von einem Spionageschiff aus geleitet, das zwölf Meilen vor der Küste Nicaraguas operiert. Das „Wall Street Journal" berichtete zuerst über diese Tatsachen, nachdem CIA-Direktor William Casey einem Geheimdienstausschuß Bericht erstattet hatte. Demnach hat die CIA die Verminungsaktion zumindest mit Wissen von Ronald Reagan unternommen.

Nach diesen Berichten wurden die Minen gemeinsam von antisandinistischen Contras und besser ausgebildeten lateinamerikanischen CIA-Agenten gelegt, die dabei Schnellboote der USA benutzen konnten.

In den letzten Wochen liefen mindestens sieben Schiffe, aus der Sowjetunion, aus Japan, den Niederlanden und Großbritannien auf diese Minen. Die Absicht der USA ist deutlich: man will das Anlaufen von Schiffen in nicaraguanische Häfen verhindern. So sollen sich in bestimmten Häfen die für den Export so wichtigen Kaffeesendungen stauen und außerdem wird das schon lange rationierte Erdöl im Lande immer knapper.

Die Verminungsaktion der USA, dieser heimliche Krieg gegen Nicaragua, das wirtschaftlich ausgehungert werden soll, zeigt einmal mehr das wahre Gesicht des US-Imperialismus.

Urteil im Prozeß gegen die Konsulatsbesetzer

Vier Jahre Gefängnis für einen „achtenswerten Protest“?

Im Prozeß gegen die zehn Konsulatsbesetzer aus der Türkei ist das Urteil jetzt gesprochen. Der Vorsitzende Richter der Ersten Großen Strafkammer Köln verkündete Gefängnisstrafen von vier und viereinhalb Jahren für alle Angeklagten.

Damit blieb das Gericht weit unter dem Strafantrag der Staatsanwaltschaft, die 7 und 9 Jahre Gefängnis gefordert hatte. Der Nebenkläger, der den Generalkonsul der Türkei, Ilhan Kiciman, im Prozeß vertritt, war denn auch hell empört und kündigte sofort nach dem Urteil Revision an. Die deutsche Presse polemisierte zwar nicht gegen das Urteil, zeigte sich aber doch sehr verwundert über das „milde Urteil“.

Mildes Urteil? Sind die Herren der Presse schon mal so lange im Gefängnis gewesen und wissen, was eine so lange Haftstrafe bedeutet? Und davon abganz abgesehen, müßte sich doch vor der Frage nach der Milde oder Härte eines Urteils die Frage nach seiner Gerechtigkeit stellen. Wie kann aber dieses Urteil gerecht sein, wenn selbst der Richter in seiner Urteilsbegründung davon spricht, daß die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei unübersehbar und unentschuldbar seien, daß ein Protest dagegen deshalb achtenswert sei, auch „wenn er von einer linksradikalen Gruppierung gemacht“ werde?

Einer der Anwälte erklärte im Namen der anderen Verteidiger im Anschluß an das Urteil: „Das Urteil ist einerseits eine deutliche Absage an den Versuch der Staatsanwaltschaft, die Angeklagten als gewöhnliche Kriminelle hinzustellen und ihnen achtenswerte Motive abzusprechen. Andererseits ist die Verurteilung wegen einer solchen politischen Aktion angesichts der Verhältnisse in der Türkei eine indirekte Unterstützung der Militärjunta.“ So ist es. Die Anwälte haben Revision eingelegt. Der Revision muß stattgegeben werden. Die Konsulatsbesetzer müssen in einem neuen Prozeß freigesprochen werden!



Im Gerichtssaal

Bericht über den Frankfurter Kongreß ausländischer und deutscher Frauen

Gemischter Eindruck

Liebe Genossinnen und Genossen!

Nach eurer Ankündigung des Frankfurter Frauenkongresses im Roten Morgen hatten wir eigentlich erwartet, daß einige Frauen, die auch an den Vorbereitungen zur Frauenkonferenz der KPD beteiligt sind, in Frankfurt vertreten sein würden, um auch anschließend darüber zu berichten. Da wir bisher im Roten Morgen keinen entsprechenden Artikel gefunden haben, haben wir uns dazu entschlossen, etwas von unserem Eindruck vom Frankfurter Frauenkongreß zu schreiben:

Vom 23.—25. März fand in Frankfurt der erste gemeinsame Frauenkongreß ausländischer und deutscher Frauen statt. Der Entschluß, einen Kongreß zur Problematik der besonderen Unterdrückung ausländischer Frauen und Mädchen zu machen, entstand während der ersten Großveranstaltung des Frankfurter Appells im Juli 1983, bei dem die Schwierigkeiten ausländischer Frauen und Mädchen so ziemlich unter den Tisch fielen.

Da wir in Herford als ausländische und deutsche Frauen versuchen, solche Schwierigkeiten gemeinsam anzugehen, erhofften wir uns vom Frauenkongreß Anregungen und auch die Ausarbeitung von Vorschlägen für die weitere politische Arbeit. Gemessen an dieser Erwartung sind wir vom Frankfurter Frauenkongreß schon ein wenig enttäuscht. Zwar wurde zum Abschluß des Kongresses ein Katalog mit Forderungen aufgestellt, wobei aber die Vorstellungen, wie diese Forderungen umgesetzt sind, noch sehr vage sind.

In den Arbeitsgruppen, an denen wir teilnahmen, verlief die Diskussion ziemlich abstrakt bzw. nicht auf praktische politische Arbeit ausgerichtet. Große Schwierigkeiten bestanden auch darin, daß Frauen aus sehr unterschiedlichen politischen Arbeitsgruppen vertreten waren, so daß es leider aufgrund der unterschiedlichen Vorstellungen teilweise nicht möglich war, sich auf gemeinsame Positionen zu einigen.

Ein Beispiel hierfür ist die Diskussion über die 35-Stunden-Woche. Angesichts der Situation, daß gerade jetzt die Frauen massiv vom Arbeitsmarkt verdrängt werden, was speziell für ausländische Frauen über kurz oder lang die Abschiebung nach sich zieht, hielten wir es für sehr wichtig, diese Forderung in den Katalog mit aufzunehmen. Demgegenüber stellte sich die Mehrheit auf dem Frauenkongreß gegen diese Forderung mit der Begründung, sie sei nicht frauenspezifisch und letztendlich würde die 35-Stunden-Woche nur den Männern etwas nützen. Bei dieser Frage zeigte sich dann auch, daß es kaum Arbeiterinnen vertreten waren.

Trotzdem finden wir es sehr gut, daß zum ersten Mal in größerem Rahmen eine Diskussion zwischen der Frauenbewegung und ausländischen Frauen stattgefunden hat und der erste Schritt zu einem gemeinsamen Kampf unternommen wurde, wobei durch den Erfahrungsaustausch, den dieser Kongreß ermöglichte, auch ein Bewußtsein für die eigene Stärke geschaffen worden ist.

Für Interessierte: Demnächst soll eine ausführliche Dokumentation über den Frankfurter Frauenkongreß erscheinen. [Kontaktadresse: IAF, Stichwort Frauenkongreß, Mainzer Landstr. 241, 6000 Frankfurt am Main]

Kontaktadresse für Frauen, denen Abschiebung wegen Trennung von ihrem Ehemann droht: Olivia Walter, (02244) 4128.

Drei Frauen aus Herford und Bielefeld

Aussagen von Anhörung widerlegt

Zimmermanns Umwelt-Märchenstunde hielt nicht lange vor

In der letzten Woche legte Bundesinnenminister Zimmermann seinen „Luftverschmutzungsbericht“ vor. Hauptthese: Die Tendenzwende in der Luftverschmutzung ist bereits eingetreten. Eine Behauptung, die sofort in der von seinem Ministerium organisierten Anhörung zum Thema „umweltbedingte Gebäudeschäden“ widerlegt wurde.

Der Sinn der Zimmermannschen Thesen liegt klar zutage. Er will sich als erfolgreicher Umweltminister profilieren mit der Behauptung, seine Verordnung zum Betrieb von Großfeuerungsanlagen („TA Luft“) aus dem letzten Jahr habe dazu geführt, daß der Grad der Luftverschmutzung wenigstens stagniere, in Teilbereichen sogar zurückgehe.

Obwohl die folgende Anhörung nur den Bereich „Gebäudeschäden“ zum Inhalt hatte, wurde dort von verschiedenen Verbänden, beispielsweise auch vom bayerischen Landesamt für Denkmalschutz, mit zu diesem Bereich vorgetragenen Kritik auch gleichzeitig der gesamte Kern des Luftberichts widerlegt.

Die dabei anwesenden Fachleute kritisierten eben vor allem die TA Luft aus dem letzten Jahr als völlig unzureichend, mit ungeeigneten Werten und viel zu langen Fristen arbeitend. Ihre Daten sagten allesamt im Gegensatz zu Zimmermanns aus, daß die Luftverschmutzung weiter zunehme.

Von zahlreichen Wissenschaftlern und Umweltschutzverbänden wurde noch viel weitergehende Kritik an diesem Bericht aus Bonn vorgetragen. Sie weisen vor allen Dingen darauf hin, daß weder die jüngste Entwicklung in den Wäldern in diesem Bericht berücksichtigt wird, noch die in letzter Zeit verstärkt an die Öffentlichkeit gedrungenen gesundheitlichen Probleme gerade in zentralen Belastungsgebieten.

In der Tat erscheint es ja auch offensichtlich, daß es gerade einem Zimmermann nun wirklich nicht um die Probleme der Gesundheit der Menschen und ihrer Umwelt geht — seine Klientel hat ihre Wohnsitze anderswo. Sondern es geht ihm darum, zumindest gegenüber der Fortwirtschaft gewisse Versprechungen einzulösen.

Auf solche Erscheinungen wie den im Ruhrgebiet in jüngster Zeit berüchtigt gewordenen „Pseudo-Krupp“ mochte er sich schon gleich gar nicht einlassen. Gerade solche Erscheinungen sind aber deutlicher Beweis dafür, daß, im Gegensatz zu Zimmermanns Märchen in der Wirklichkeit die Probleme der Menschen mit der Umweltvergiftung immer direkter werden, oder besser gesagt: wieder direkter werden. Denn daß im Ruhrgebiet überdurchschnittlich viele Kinder an Bronchitis leiden ist eine altbekannte Tatsache, die durch neuere Entwicklungen verschärft wird.

Blüms Lügenkatalog

Weniger Schwerbehinderte dank der Statistik?

Neben Zimmermann legte in der letzten Woche noch ein weiterer Bonner Minister einen Bericht seines Amtes vor: Blüm den Behindertenbericht. Er werde die Ausgleichsabgabe für nicht besetzte Pflichtarbeitsplätze für Behinderte erhöhen — so konnte man es in den Zeitungen lesen. Aber wer sich nun fragen mag, ob ein Herr Blüm plötzlich seine soziale Ader entdeckt hat, der kann beruhigt sein. Blümsche Politik paßt weiterhin ins (reaktionäre) Weltbild.

Denn zuerst soll die Zahl der Pflichtplätze verringert werden. 6 Prozent aller Arbeitsplätze sollen es sein. Nun sollen künftig die Ausbildungsplätze nicht mehr zur Gesamtbelegschaft hinzugezählt werden. Wodurch die 6 Prozent real schon weniger werden, vor allem in den vielen Handwerksbetrieben, die die Bestimmungen noch nie eingehalten haben. Und ein Ausbildungsplatz für Behinderte soll verdoppelt gezählt werden.

Und wenn dann alles nicht mehr greift, oder kaum noch, dann will er die zu zahlende Ausgleichsabgabe erhöhen (eine Maßnahme, vor der die SPD/FDP-Regierung ewig gekniffen hatte) und sich als Sozialpolitiker feiern lassen.

Aber so einfach ist das nicht, dazu tragen auch die anderen Maßnahmen bei, die Blüm gegen die Behinderten getroffen hat. Kürzung der Rentenversicherungsbeiträge in sogenannten beschützenden Werkstätten, Wegfall der Freifahrtsberechtigung für eine große Anzahl usw. usf. — die Liste unsozialer Sparmaßnahmen aus Blüms Arsenal ist ellenlang. Von den zahlreichen Einschränkungen der Möglichkeiten zur Umschulung einmal ganz abgesehen, die seit langem „scheibchenweise“ über die Behinderten hereinbrechen.

Als I-Tüpfelchen dieser Politik darf die gleichzeitig von Blüm angekündigte Novellierung des Schwerbehindertengesetzes von 1974 angesehen werden. Denn 4,6 Millionen Schwerbehinderte sind dem Minister zuviel. Also gibt es — theoretisch — zwei Möglichkeiten. Durch Vorsorge und verbesserte Behandlung usw. Behinderungen zu lindern, ist die eine davon. Die andere ist, die Bestimmungen darüber, wer als Schwerbehindert gilt, zu verändern, so daß weniger Menschen darunterfallen.

Dann gibt es zwar immer noch genausoviel Schwerbehinderte wie vorher, aber nicht in der Statistik und damit auch nicht in den sozialen Ansprüchen. Leicht zu erraten, für welche der beiden Möglichkeiten sich dieser Minister in dieser Regierung entschieden hat. Die erste paßt nun mal eben überhaupt nicht in die Politik dieser Bundesregierung, die ja darin besteht, den Armen zu nehmen, den Reichen zu geben.

Aus „Das Bollwerk“, Betriebszeitung der KPD für HDW/Kiel

Bundesregierung hilft den Faschisten in Chile

Mit dieser Überschrift erschien am 6. April bei HDW in Kiel eine Ausgabe der KPD-Betriebszeitung „Das Bollwerk“, in der auch zur Teilnahme an der Demonstration gegen die Auslieferung der U-Boote von Kiel nach Santiago aufgerufen wird. Wir geben den Artikel im folgenden wieder.

Klammheimlich sollte die Auslieferung der zwei U-Boote an Chile in den nächsten Wochen über die Bühne gehen. Die CDU/CSU/FDP-Bundesregierung hatte ab 1. April 84 die Ausfuhrgenehmigung erteilt. Grünes Licht hatte es wohl auch von der alten SPD/FDP-Regierung gegeben, denn sie hatte im Herbst 1980 die Baugenehmigung erteilt.

Für ein Land, in dem seit 1973 ein faschistisches Militärregime herrscht. Für ein System, das von vielen Politikern wie Franz J. Strauß hochgejubelt wurde.

In Chile sind die Gewerkschaften verboten!

Streiks und Demonstrationen werden blutig unterdrückt. Regimegegner werden eingekerkert, gefoltert und ermordet, egal ob Kommunist, Sozialdemokrat oder einfacher Gewerkschafter.

In Chile herrscht eine verheerende Arbeitslosigkeit!

Immer größere Teile der Bevölkerung leben in bitterster Armut in den Slums. Sozialleistungen gibt es nicht. Es fehlt an Wohnungen, Krankenhäusern und Schulen. Hierfür ist kein Geld da. Mit rund 20 Milliarden Dollar Auslandsschulden ist Chile im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt **eines der höchst verschuldeten Länder der Welt.** Ein Großteil dieser Schulden ist durch Waffenimporte entstanden. Die beiden deutschen U-Boote kosten allein 300 Mio. DM.

Das alles hindert die westdeutschen Imperialisten und ihre Bundesregierung bis hin zum HDW-Vorstand natürlich nicht daran, dieses faschistische Pinochet-Regime durch die Lieferung der U-Boote und die Ausbildung der Soldaten zu unterstützen.

Aber die BRD-Imperialisten gehören zum internationalen Kapital — allen voran die US-Multis — die Chile ausplündern (vor allem im Kupferbergbau). Dafür hatte die CIA 1973 den Putsch der Faschisten-Clique um Pinochet mit Hilfe des Militärs gegen die Regierung des Sozialisten Allende organisiert.

Trotz der blutigen Unterdrückung ist der Widerstand der Volksmassen wieder gewachsen. Gerade im letzten Jahr hat es große Streiks und Demonstrationen gegeben. Selbst bürgerliche Kreise, die früher als sichere Stütze Pinochets galten, gehen in Distanz. Selbst einige Militärs übten Kritik.

Mit der Lieferung der U-Boote leistet die Bundesregierung ihren Beitrag dazu, diese Kreise wieder an das Regime zu binden. Es geht um eine politische Stärkung des chilenischen Regimes.

In einer Situation, wo Pinochet den Ausnahmezustand in Chile wieder verhängt hat, und die Opposition einen Generalstreik vorbereitet, kommen die deutschen U-Boote wie ein Geschenk des Himmels, um den Zusammenhalt der chilenischen Streitkräfte und ihre bedingungslose Treue Pinochet gegenüber herzustellen. Damit kann ja wohl kein aufrechter Demokrat und kein Gewerkschafter einverstanden sein!

Deshalb: **Keine Auslieferung der U-Boote an Chile!**

Wie wäre es mit einem Streik gegen die Auslieferung? Gerade auch einige der IGM-Betriebsräte, die sich 1980 für den „Streik“ in Werk Süd eingesetzt hatten und z.T. heute noch (oder wieder) im Amt sind, sollten ihre Solidarität mit den chilenischen Gewerkschaftern mal unter Beweis stellen, indem sie hierfür ihre ganze Kraft einsetzen. Werden sie aber nicht! Der HDW-Vorstand ist ja dagegen und würde **diesen** Streik auch nicht bezahlen!

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Mannesmann/Duisburg: Wahlanfechtung

„Konsequente Gewerkschafter" bleiben konsequent

Wie im Roten Morgen schon berichtet, haben fünf Kollegen von Mannesmann, Mitglieder der Gruppe „Konsequente Gewerkschafter", die sich an der Betriebsratswahl mit einem Blockvorschlag von 13 Kandidatinnen und Kandidaten beteiligt hatte, die Betriebsratswahl bei den Mannesmann-Röhrenwerken angefochten. Das Duisburger Arbeitsgericht wird am 30. April über die Anfechtungsklage zu entscheiden haben.

In einem vierseitigen Flugblatt an die Belegschaft haben die „Konsequenten Gewerkschafter" ausführlich begründet, warum sie das ordnungsgemäße Zustandekommen des Ergebnisses der Betriebsratswahl, bei der alle Mandate im Arbeiterbereich auf den sogenannten Stommel-Kassiber entfielen, bezweifeln. Die Liste der dunklen Punkte bei der Durchführung der Wahl ist offenkundig lang. Entscheidender Punkt aber ist, daß die Durchführung der Briefwahl die Manipulation von 800—1000 Stimmen in eine bestimmte Richtung als möglich erscheinen läßt. Damit wäre das Ergebnis der Betriebsratswahl aber erheblich verfälscht worden.

Während der Betriebsratsvorsitzende Stommel gegenüber der bürgerlichen Presse der Wahlanfechtung „keine Chance" einräumt, läßt die Stommel-Mannschaft im Betrieb eine derart „souveräne" Haltung vermissen. Statt die angeblich so weiße Weste unter Beweis zu stellen, wird gegen die „Konsequenten Gewerkschafter" Druck gemacht:

- Auf der letzten Vertrauensleute sitzung wurden zwei „Konsequente Gewerkschafter" die seit 8 bzw. 9 Jahren Mitglieder der VK-Leitung waren, nach heftigen Auseinandersetzungen aus der VKL abgewählt. Begründet wurde das mit „gewerkschaftsschädigendem Verhalten", obwohl nach § 11 der Satzung der IG Metall für eine solche Feststellung ein ordentliches Verfahren Voraussetzung wäre. Immerhin stimmte ein knappes Viertel in mehreren Abstimmungen für die „Konsequenten Gewerkschafter".
- Einem weiteren Mitglied der Gruppe wurde das Mandat als Vertrauensmann aberkannt, nachdem er rein organisatorisch in eine andere Abteilung versetzt worden war, (aber am alten Arbeitsplatz blieb), obwohl nach den Vertrauensleuterichtlinien Vertrauensleute in derartigen Fällen das Mandat nach Absprache mit der Ortsverwaltung behalten können, um Versuche des Unternehmers, auf diese Weise lästige Vertrauensleute loszuwrden, zu vereiteln.
- Die Lebensgefährtin eines Wahlanfechters wurde in die Zentralverwaltung zwangsumbesetzt, sodaß sie nicht mehr zur Belegschaft der Hüttenwerke gehört.

Ein Vertreter der Gruppe ist aber zur Zeit doch im Betriebsrat, weil ein Kollege der Stommel-Mannschaft auf Dauer krank ist. Gegen Stommels erklärte Absicht konnte durch Androhung rechtlicher Schritte beim Arbeitsdirektor durchgesetzt werden, daß er zur Erfüllung seiner Aufgaben als Betriebsrat sich frei im Betrieb bewegen kann.

In der Belegschaft stehen viele Kollegen auf Seiten der „Konsequenten Gewerkschafter", hoffen, daß sie durchhalten und die Anfechtung gewinnen.

Fortsetzung von Seite 1

rer von Gesamtmetall, Kirchner, wo die Metallkapitalisten ihrerseits noch Verhandlungsspielraum sehen. Demzufolge seien die Verhandlungsmöglichkeiten bei der angebotenen Lohnerhöhung von 3,3 Prozent und der angebotenen Vorruhestandsregelung mit bis zu 70 Prozent des Bruttolohns ausgeschöpft, aber drin sei noch etwas in der Frage der Flexibilisierung der Arbeitszeit. Die Arbeitgeber seien zwar gegen eine generelle Arbeitszeitverkürzung, aber überhaupt nicht gegen eine individuelle Arbeitszeitverkürzung. Gesamtmetall hätte der IG Metall angeboten, ihre Überlegungen dazu in einem nächsten Spitzengespräch zu konkretisieren.



Mit diesem Rationalisierungswurm begründeten 5 Kolleginnen von VW in Wolfsburg die 35-Stunden-Forderung. Tags darauf legten 32000 Wolfsburger VW-Kollegen die Arbeit nieder (Beteiligungsquote 80 Prozent). Knapp 10000 Kolleginnen und Kollegen beteiligten sich nach Gewerkschaftsangaben im Ford-Werk Köln-Niehl an einem Warnstreik. In einem anderen Kölner Ford-Werk, der Ersatzteilproduktion, probte die Belegschaft erfolgreich den 7-Stunden-Tag. Im Kölner Ford-Werk Produktentwicklung wurde mit hoher Beteiligung eine Streikversammlung durchgeführt.

Worüber die Unternehmer demnach überhaupt zu reden bereit sind, ist die „Arbeitszeit nach Maß", wie sie auch auf den Kleeblatt-Plakaten der Unternehmer angeboten wird. Die IG Metall selbst hat mehr als einmal deutlich gemacht, worauf diese von den Unternehmern geforderte Flexibilisierung der Arbeitszeit hinausläuft: die kollektive, tarifvertragliche Regelung der Arbeitszeit soll untergraben werden, der einzelne Arbeiter und Angestellte soll für die Unternehmer ohne tarifvertragliche Einschränkung verfügbar gemacht werden.

Wenn der IGM-Vorstand dennoch, wie Hans Mayr betonte „ohne jede Vorbedingung", für ein zweites Spitzengespräch votiert hat, kann das nur bedeuten, daß sich im Hauptvorstand eine Mehrheit hält, die um nahezu jeden Preis Urabstimmung und Streik für die 35-Stunden-Woche vermeiden will, die nur darauf wartet, daß die Unternehmer ihr eine Möglichkeit eröffnen, möglichst elegant vor ihnen auf die Knie zu fallen.

Demgegenüber ist die Haltung des Vorstandes der IG Druck & Papier denn doch um einiges konsequenter. Immerhin wurden Urabstimmungen und Kampfmaßnahmen beschlossen. Während die Satzung der IG Metall vorschreibt, tarifbezirksweise eine Urabstimmung durchzuführen; räumt die Satzung der IG Druck & Papier die Möglichkeit der Urabstimmung in einzelnen zum Streik vorgesehenen Betrieben und sogar die Möglichkeit von Streiks ohne vorhergehende Urabstimmung ein. Die Unternehmerpropaganda hat sich auf dieses angeblich „undemokratische" Verfahren eingeschossen. Tatsächlich aber trägt diese Regelung in durchaus vernünftiger Weise der Struktur in der Druckindustrie Rechnung, und sie ist zweitens eine Reaktion auf die Taktik der Unternehmer in vorangegangenen Arbeitskämpfen, schon auf Streiks mit relativ wenig Streikenden mit massenhaften Aussperrungen zu antworten.

Der Vorsitzende der IG Druck & Papier hat Urabstimmungen in ausgewählten Betrieben für die Woche vor Ostern beschlossen, gleichzeitig aber darauf hingewiesen, daß Betriebe auch ohne Urabstimmung bestreikt werden könnten. Tatsächlich sind bereits in der letzten Woche Tageszeitungen infolge von Proteststreiks nicht oder nur mit Notausgaben erschienen. Diese guten Aktionen fanden aber nicht aufgrund einer zentralen Streikentscheidung statt, wie der Vorsitzende der IG Druck & Papier Ferlemann erklärte.

Die Metallkapitalisten befürchten offensichtlich, daß die Bereitschaft der IG Druck & Papier zu Kampfmaßnahmen auch die Führung der IG Metall in Zugzwang bringen könnte. Gesamtmetall-Geschäftsführer Kirchner warnte die IG Metall davor, sich in eine, wie er wörtlich sagte, „unheilige Allianz" mit der IG Druck & Papier zu begeben.

Darauf daß die IG Druck & Papier, die natürlich rückhaltlos unterstützt werden muß, den IGM-Vorstand auf Kurs bringen können die klassenkämpferischen Metaller nicht hoffen. Druck aus den Betrieben muß dem IGM-Vorstand jetzt deutlich machen: Kampflos wird nicht kapituliert, Urabstimmung in allen Tarifbezirken jetzt! Resolutionen, die dem IGM-Vorstand in diesem Sinn den Rücken stärken, sind zu richten an den Hauptvorstand der IG Metall, Frankfurt.

Unternehmerpropaganda: dreist und geschmacklos

Ein Esel mit einem Schild „Ich bin für die 35-Stunden-Woche" — so „witzig" demonstrierten in Koblenz „junge Unternehmer" gegen die 35-Stunden-Woche. Es hat den Unternehmernachwuchs offensichtlich nicht weiter gestört, daß diese Eselei normalerweise von den Nazis betrieben wird, um ihre Propaganda von der „Auschwitz-Lüge" zu verbreiten.



Eine gute Idee hatten Bremer Genossinnen und Genossen, als die Unternehmer einen Desinformationsstand zur 35-Stunden-Woche in der Innenstadt veranstalteten. Sie waren nicht nur mit einem Parteitransparent für die 35-Stunden-Woche zur Stelle. Einige durch die 35-Stunden-Woche von Verelendung bedrohte Unternehmer gingen die Passanten auch um Spenden für den Erhalt ihrer Villen im Tessin an. Wie eine Genossin uns berichtete, fand die Unternehmerpropaganda wenig Anklang.

HBV-Bezirksdelegiertenkonferenz Vorderpfalz

Antrag gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse

Auf der Bezirksdelegiertenkonferenz der HBV-Vorderpfalz wurden einige wichtige Anträge verabschiedet. Einer der wichtigsten Anträge war der der Fachgruppe Großhandel (eingebracht von der Betriebsgruppe Dogmoch) für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung. In dem Antrag heißt es: „Die 7. Bezirksdelegiertenkonferenz der Gewerkschaft HBV-Vorderpfalz fordert den Hauptvorstand der Gewerkschaft HBV auf, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln sich dafür einzusetzen, daß die Aussperrung gesetzlich verboten wird. Bei jeder Anwendung dieser Willkürmaßnahme der Unternehmer gegen eine der Gewerkschaften muß mit gemeinsamen Aktionen, bis hin zu Solidaritätsstreiks geantwortet werden." Der Antrag wurde ohne Gegenstimme, mit zwei Enthaltungen angenommen.

Weitere Anträge beschäftigten sich mit dem Abbau von Überstunden, der Beteiligung der Jugend bei der Besetzung der Tarifkommission. „Keine Frauen zur Bundeswehr" war neben zahlreichen anderen eine Entschließung des Bezirksfrauenausschusses. Eine weitere Entschließung beschäftigt sich mit dem Neofaschisms. In dieser Entschließung wird unter anderem eine intensive Aufklärung über die Entstehung und das Wesen des Faschismus gefordert. „Alle Funktionäre und Mitglieder der HBV werden aufgerufen, sich gegen alle demokratie- und gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten neofaschistischer Kräfte einzusetzen." In der Entschließung zur Ausländerfeindlichkeit wird der Hauptvorstand der HBV aufgefordert, auf die Betriebsräte einzuwirken, daß bei Entlassungen nicht vornehmlich ausländische Arbeitnehmer betroffen werden.

Die Anträge wurden in der Regel ohne Gegenstimmen, mit 1 bis 2 Enthaltunge angenommen. Mit zwei Gegenstimmen wurde ein Initiativantrag verabschiedet, der den Aufruf zum Ostermarsch unterstützt.

Probleme gab es mit dem Initiativantrag von Dogmoch zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen. Von der Antragskommission wurde vorgeschlagen, sich mit dem Antrag nicht zu befassen, da es kein „Initiativantrag" sei. Initiativanträge hätten sich mit aktuellen Themen zu beschäftigen. Der Antrag hätte auf der Fachgruppensitzung verabschiedet werden können. Auf der angesprochenen Fachgruppensitzung war allerdings keine Möglichkeit mehr, diesen Antrag zu verabschieden, da zu diesem Zeitpunkt die Fachgruppe beschlußunfähig war. Abgestimmt wurde auf der Bezirksdelegiertenkonferenz dann nur noch darüber, ob über den Antrag beraten werden soll. Immerhin stimmten dann noch 10 Delegierte für Befassung, 5 weitere enthielten sich der Stimme. (Anwesend waren 67 Delegierte). Der Antrag war von 27 Delegierten unterzeichnet. Es war zu erwarten, daß bei einer richtigen Behandlung des Antrages zumindest eine starke Minderheit für diesen Antrag gestimmt hätte. Dem Vorstand war dieser Antrag doch zu heiß, auch wenn ansonsten recht anständige Gewerkschafter in diesem Vorstand sitzen, und so waren die ganzen Bestrebungen darauf ausgerichtet, daß der Antrag erst gar nicht behandelt wird. Aber das letzte Wort ist da sicher noch nicht gesprochen. Das war erst der Anfang. Sicher wird man zum Thema Kampf gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der nächsten Zeit noch mehr hören.

Bild lügt!

Am 28. Oktober 83 berichtete „Bild" von einer Meinungsumfrage, bei der 20 Millionen bundesdeutsche Hausfrauen angeblich mehrheitlich gegen die 35-Stunden-Woche Stellung genommen haben sollen. Die IG Metall fand heraus: eine solche Umfrage existiert überhaupt nicht. Noch toller: „Bild" zitierte sechs Hausfrauen namentlich. Drei davon konnte „metall" ausfindig machen. Alle drei waren für die 35-Stunden-Woche.

Gegen Flexibilisierung der Arbeitszeit — für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich

Resolution der Funktionärskonferenz des Landesbezirks Baden-Württemberg der IG Druck und Papier

An die Tarifkommission Druckindustrie
an die Tarifkommission der Gewerkschaften, die z. Zt. die 35-Stunden-Woche fordern
an den DGB-Landesbezirk

Mit ihrem Verhandlungsvorschlag greifen die Unternehmer unsere im Manteltarifvertrag festgelegten Rechte frontal an. Ihr Ziel: Wir sollen uns völlig ihrer Auftrags- und Konkurrenzlage anpassen.

Einmal 60 Stunden in der Woche, einmal 30 Stunden. Mal zwei Schichten, mal drei Schichten. Weg mit dem erkämpften freien Samstag. Ergänzt durch die Blümsche „Reform" der Arbeitszeitordnung wäre das Ergebnis: Die Belegschaften werden zu Freiwild des jeweiligen Unternehmers.

Dem halten wir unsere Forderung nach der 35-Stunden-Woche auf der Grundlage des 7-Stunden-Tages entgegen. Wir fordern die Tarifkommissionen und die Kollegen, d[illegible] d[illegible] Gewerkschaften in der Öffentlichkeit repräsentieren, auf, davon nicht ohne Auseinandersetzung abzugehen. In Punkto flexible Arbeitszeiten, insbesondere Samstagsarbeit, kann es keinen Kompromiß geben.

Eine Arbeitszeitverkürzung um den Preis der „Flexibilisierung" wie von Siemens, BMW oder Fulda angestrebt, würde der Unternehmerwillkür Tür und Tor öffnen und das einheitliche Tarifvertragssystem aushebeln.

In diesem Sinne unterstützen wir auch nachdrücklich die Aussage unseres Landesbezirksvorsitzenden auf dem Ulmer Solidaritätsfest: „Wer jetzt ohne Not von Stufenplänen oder Verzicht auf vollen Lohnausgleich bei der 35-Stunden-Woche redet, der schwächt unsere Kampfkraft und stärkt den Gegner."

KWU/Westberlin

28,8 Prozent für die RGO

28,8 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielt bei der Betriebsratswahl bei KWU in Westberlin die RGO-Liste im Arbeiterbereich. Die Liste der IG Metall erhielt im Arbeiterbereich 68,2 Prozent der Stimmen. Die RGO-Liste hat damit drei Sitze im neuen Betriebsrat.

Drei Listen standen im Angestelltenbereich zur Wahl. Die DAG-Liste errang mit 46,9 Prozent (181 Stimmen) die meisten Stimmen und zwei Sitze im Betriebsrat. Die AUB-Liste (eine reine Siemens-Liste) erhielt leider 31,3 Prozent (121 Stimmen) und damit einen Sitz im Betriebsrat. Ebenfalls einen Angestelltensitz errang die IGM.

Die 28,8 Prozent (230 Stimmen) für die RGO-Liste bei den Arbeitern sind sicher ein Erfolg. Allerdings hatte bei der Betriebsratswahl 1981, bei der die RGO-Liste 17,8 Prozent erhielt, noch eine weitere oppositionelle Liste (Alternative) kandidiert und ca. 18 Prozent der Stimmen erhalten. Diese Liste kandidierte diesmal nicht wieder. Obowhl die RGO-Liste also 10 Prozent zugelegt hat, kann man nicht von einem Erstarken der oppositionellen Kräfte im Betriebsrat sprechen.

Immerhin ist der beträchtliche Zuwachs für die RGO-Liste erfreulich. Linke Gewerkschafter haben beim Reaktorbauer KWU nicht zuletzt auch wegen ihr Kernenergiefrage einen relativ schweren Stand. Die RGO hat in der Vergangenheit auch dieses „heiße Eisen" angefaßt.

Wenn man also aufgrund dieses Wahlergebnisses nicht von einem Erstarken der klassenkämpferischen Opposition im KWU-Betriebsrat sprechen kann, so sprechen die 28,8 Prozent, die die RGO-Liste von den KWU-Arbeitern erhalten hat, eben doch dafür, daß die konsequente Politik der RGO von einem beträchtlichen Teil der Belegschaft unterstützt wird.

Betriebsratswahlen bei HDW/Kiel

Drei Sitze für die RGO-Liste

Im Arbeiterbereich errang die RGO-Liste drei Mandate (332 Stimmen/14,6 Prozent) und die IGM 18 Mandate (1941 Stimmen). 1981: RGO fünf Mandate (602 Stimmen/21 Prozent — IGM 18 Mandate (2258 Stimmen). Im Angestelltenbereich errang die IGM fünf Mandate (549 Stimmen/58,8 Prozent) und die DAG drei Mandate (385 Stimmen). 1981: beide je vier Mandate.

Diese Wahl hat wieder einmal gezeigt, wie stark das sozialpartnerschaftliche Denken noch das Wahlverhalten beeinflußt. Das hatte sich schon bei den Vorwahlen (der Kandidaten für die IGM-Liste) in den einzelnen Betrieben gezeigt. Wo die alten Sozialpartnerschaftsstrategen kandidierten, haben sie meistens mit deutlichem Abstand den größten Stimmenanteil erhalten. Obwohl die RGO-Kollegen und andere linke oder aktive Kollegen heute wirklich von einer deutlich besseren Verankerung in der Belegschaft und in den gewerkschaftlichen Gremien sprechen können, sieht die Mehrheit der Kollegen noch in unseren Vorstellungen noch keine Alternative. Und Experimente in Form von Protestwählen wagen sie in der jetzigen Situation schon gar nicht.

Hinzu kommt bei HDW: Die alte Garde um den BR-Vorsitzenden Otto Böhm ist aus Altersgründen zusammengeschrumpft. Auch der bei den Kollegen unbeliebte langjährige Vorsitzende ist seit einem halben Jahr kein Vorsitzender mehr und hat auch aus Altergründen nicht mehr zum BR kandiert. Auf der IGM-Liste waren bei dieser Wahl mehr jüngere und aktive — natürlich meist noch reformistische Kollegen zu finden. Die Zusammensetzung der IGM-Listen Arbeiter und Angestellte hat sich wesentlich verbessert. Die Listen bestehen aus Sozialpartnerschaftsstrategen, aktiven Metallern und einzelnen Linken einschließlich RGOlern. Die für HDW-Verhältnisse hohe Wahlbeteiligung von 65 Prozent bei den Arbeitern und 68 Prozent bei den Angestellten zeigt auch, daß mehr als früher mobilisiert worden ist, hauptsächlich gegen die „rote RGO-Liste".

Starke Einbrüche an Stimmen hat die RGO-Liste unter den türkischen Kollegen erlitten. Zwei türkische Kandidaten waren auf der IGM-Liste auf festgelegte Plätze gesetzt worden: Auf Platz 11 und 17. Und der 17. Platz war nicht sicher, falls die RGO alle fünf Kandidaten durchbekommen würde. Die Rechtung der Sozialpartnerschaftsstrategen ist aufgegangen: Da wir auf der RGO-Liste keinen türkischen Kandidaten hatten, haben selbst fortschrittliche türkische Kollegen voll für die IGM-Liste mobilisiert, um den zweiten türkischen Betriebsrat durchzubekommen.

Dies, und zu einem geringen Teil auch die Massenentlassungen, hat auch zur Wahlniederlage der RGO-Liste beigetragen. Diese Wahlniederlage ist aber keine politische Niederlage für die RGO-Politik überhaupt, noch für die Arbeit der Betriebsgruppe. Die über Jahre kontinuierliche Politik der RGO bei HDW-Kiel hat zu einer guten Verankerung der RGO-Mitglieder im Betrieb geführt.

Wir sind hier die vorantreibende Kraft in der Auseinandersetzung: Sozialpartnerschaftliche oder klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik. Die Kollegen haben heute zumindest ein offenes Ohr für uns. Wir führen die Auseinandersetzung organisiert unter der Masse der Kollegen als auch in den Gremien. Von der RGO und den RGO-Liste profitieren auch die linken oder aktiven Gewerkschafter. Gäbe es auf HDW keine RGO-Liste, dann würde die Sozialpartnerschaftsstrategen mit manchen Linken ganz anders umspringen.

Für unsere Betriebsgruppe steht die Notwendigkeit einer RGO außer Frage! Und auch die Kandidatur von RGO- oder anderen oppositionellen Listen halten wir nach wie vor — je nach den betrieblichen Bedingungen — für ein wirksames Mittel, die politische Auseinandersetzung um die richtige Gewerkschaftspolitik voranzutreiben. Auch wenn sich nicht gleich alles in atemberaubenden Stimmenanteilen niederschlägt. Die Kollegen, die uns bei dieser Wahl ihre Stimme gegeben haben, haben dies bewußt — zumindest bewußter als früher — getan. Der Anteil der reinen Protestwähler ist auf jeden Fall kleiner geworden.

Betriebsratswahlen bei den Hoesch-Hüttenwerken — Abfuhr für die Rechten

Stabilisierung der linken Kräfte

So kann man in Schlagworten die Ergebnisse bei den drei Hüttenwerken in Dortmund zusammenfassen. Im einzelnen:

Westfalenhütte — der größte Betrieb der drei Hüttenwerke — dort gab es eine gemeinsame Wahl von Arbeitern und Angestellten. Wie schon 1981 kandidierte neben der IGM-Liste eine Listenverbindung aus DAG und CMV. Diese Liste war gegen eine Minderheitsposition innerhalb der DAG von den führenden rechten Kräften der DAG durchgesetzt worden, obwohl die IGM den DAG-Kandidaten angeboten hatte, auf der IGM-Liste zu kandidieren. Die beiden 1981 in den Betriebsrat gewählten Kandidaten waren nach etwa einem halben Jahr zur IGM zurückgekehrt, aus der sie im Vorfeld der 81er Wahlen wegen der Beitragsanpassung bei der IGM — 1 Prozent vom Bruttolohn — ausgetreten waren. Damals hatte die Liste über 800 Stimmen erhalten. Diesmal wählten 429 der 6 557 Wähler die DAG/CMV — 5986 die IGM — bei insgesamt 7 840 wahlberechtigten Arbeiter und Angestellten. Damit wurde der Prozentsatz dieser reaktionären Liste auf 6,5 Prozent gedrückt, und sie erhielt nur ein Mandat. Auch die Partei und die RGO hatten in ihren Wahlaufrufen zur Wahl der IGM-Liste geraten. Dies, obwohl die Aufstellung der IGM-Liste nur bedingt demokratisch war — im Gegensatz z. B. zum Werk Union, wo alle IGM-Mitglieder in einer Vorwahl die Reihenfolge der Kandidaten der IGM-Liste festlegen konnten, wurde dies auf der Westfalenhütte nur durch die Vertrauensleute in den Bereichen bzw. die Vertrauensleute-Vollversammlung festgelegt — unter Ausschluß der einfachen IGM-Mitglieder.

Auf **Union** stand, wie schon 1978 und 1981 wieder eine RGO-Liste zur Wahl. Trotz wiederholter Angebote an die IGM — bis kurz vor Listenschluß — weigerte sich diese, auf den Vorschlag einer echten Persönlichkeitswahl einzugehen. Wie schon bei der zweiten Wahl 1978 und der 1981 wurden diesmal wieder die IGM-Mitglieder an der Aufstellung der Liste beteiligt. Sowohl die Bereichsvorwahlen, wie die für ganz Union, gaben zumindest im Arbeiterbereich den etwa 98 Prozent der Kollegen, die in der IGM organisiert sind, die Möglichkeit, den einen oder anderen Kandidaten auf einen der sicheren Plätze — Platz 1 bis 10 der IGM-Liste — oder einen Aussichtslosen Platz 11 bis 21 zu bringen. Des deshalb, weil bei 13 Arbeitermandaten und einem guten Ergebnis der RGO-Liste, diese ihre drei Kandidaten durchbekommen würde, und



von der IGM-Liste dann die ersten zehn Kandidaten im Betriebsrat wären. Das endgültige Ergebnis — 25,14 Prozent der Stimmen — absolut von 1 209 gültigen Stimmen — erbrachte einen Abfall gegenüber der letzten Wahl von etwa 7 Prozent — reichte aber auf der anderen Seite, um alle drei Kandidaten der Liste in den Betriebsrat zu bringen.

Erste Einschätzungen zu diesem Ergebnis gehen in folgende Richtung: Vom Grundsatz her eine Stabilisierung des Einflusses der RGO. Gründe für die leichten Verluste liegen unter anderem in der Reduzierung der Arbeiterbelegschaft seit 1981 von 3600 auf jetzt nur noch 1460. Dazu gehört, daß zwei Betriebe — Stahlwerk und Sinteranlage —, die bis dahin Hochburgen der RGO waren, die beiden bisherigen Betriebsräte Hartmut Siemon und Norbert Bömer kamen aus diesen Betrieben, inzwischen geschlossen sind und die Kollegen überwiegend zur Westfalenhütte und nach Phönix verlegt wurden. Hinzu kommt, daß die Betreuungsbereiche, die die beiden hatten, Randbereiche des Werkes sind. Der entscheidende Durchbruch im einzig noch verbliebenen Produktionsbereich, der schweren Straße, ist, was sich auch an der Zusammensetzung der RGO-Gruppe bzw. den Besuchern der Kollegentreffs der RGO sehen läßt, noch nicht gelungen. Ausscheiden aktiver jüngerer Kollegen durch Abfindungsaktionen, älterer durch Sozialplan sowie in den letzten Monaten Umsetzungen von der Westfalenhütte nach Union taten ein übriges, daß das jetzige Ergebnis niedriger ausfiel als 1981 — insgesamt aber von den Genossen positiv beurteilt wird.

Bei **Phönix** gab es eine gemeinsame Wahl Arbeiter und Angestellte. Da man außerdem zwei DAG-Kandidaten das Recht einräumte, auf der IGM-Liste zu kandidieren, eine eingeschränkte Persönlichkeitswahl — eingeschränkt deshalb, weil Kollegen, die wegen ihrer kämpferischen Haltung aus der IGM ausgeschlossen worden waren, nicht kandidieren konnten — im Gegensatz zur DAG.

Sieht man sich an, was das Ergebnis ist, so ist festzustellen, daß zum einen ausgesprochen rechte Positionen vertretende alte Betriebsräte in ihrer Stimmenzahl stark abnahmen, zum anderen ihre linke Positionen vertretende Betriebsräte zunahmen bzw. sich stabil hielten. Dazu zählt auch unter den neu in den Betriebsrat eingezogenen Kollegen, die z. T. Mitglieder der Vertrauenskörperleitung waren, die überwiegende Mehrheit dem linken Flügel innerhalb der IGM bzw. der Belegschaft zuzuordnen ist. Wie nicht anders zu erwarten, landeten die Kandidaten der DAG unter ferner liefen.

Kampfprogramm der RGO-Betriebsgruppe Hoesch

Klassenkampf statt Sozialpartnerschaft!

Angesichts einerseits:

- von über 10000 vernichteten Arbeitspläzten auf der Hütte seit 1979
- des Abbaus betrieblicher Sozialleistungen (z. B. Weihnachtsgeld für Rentner);
- von 1979 bis 1984 dreimal verschlechterten Sozialplänen; der Vertagung des Stahlwerk-Neubaus auf den Sankt Nimmerleinstag; —

angesichts andererseits:

- immer höher steigender Aktienkurse von Hoesch;
- der höchsten Pro-Kopf-Produktivität in der Stahlindustrie bei Hoesch;
- der höchsten Zuschußquote an Subventionen innerhalb der gesamten Stahlindustrie bei Hoesch;

sagen wir:

- Um die Abwälzung der Krisenlasten auf uns abhängig Beschäftigte endlich zu stoppen, muß Schluß gemacht werden mit der Politik der „Vorleistungen". Das immer wieder als „diesmal wirklich letzte aber nicht zu vermeidende Vorleistung" beschworene Nachgegen gegenüber dem Vorstand — letztes Beispiel: Zustimmung zur Schließung der P4 — ist tatsächlich jeweils eine Niederlage im Kampf zur Verteidigung von Arbeiterinteressen gegen Kapitalinteressen gewesen.

Klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik statt Sozialpartnerschaftskurs, — das heißt für uns im einzelnen:

Kompromißlose Verteidigung aller noch auf der Hütte vorhandenen Arbeitsplätze!

- Keine Kürzung der Richtbelegschaften. Schluß mit den sogenannten Sofortprogrammen, durch die nur getestet werden soll, wie weit sich die Leistungsschraube noch anziehen läßt. Schluß mit der ratierlichen Kurzarbeit, die zur Leistungsverdichtung beiträgt und die spätere Senkung der Richtbelegschaften vorbereitet!
- Jung und Alt gemeinsam! Deshalb: Erhalt der Ausbildungskapazität. Übernahme aller Ausgebildeten nach der Lehre in den erlernten Beruf. Schluß mit der zwangsweisen Verschiebung in den Konzern!
- Arbeitsplätze statt Ausländerhetze! Wir lehnen Abfindungsaktionen auf der Grundlage der „Rückkehrförderung" der Bundesregierung ab!
- Hoesch darf kein Sklavenhändler werden. Deshalb: keine Leiharbeit durch Hoesch!
- Gegen die verstärkte Fremdvergabe von Aufträgen im M-Bereich! Alle Arbeiten auf der Hütte müssen von der Hüttenbelegschaft gemacht werden!
- Gruppenarbeit, Gruppenprämien, neue Zulagenstufe für Angestellte — das sind die Stichworte, unter denen ein neuer Rationalisierungsschub durchgeführt wird. Mit ein paar Pfennigen mehr sollen wir selbst zur Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen, zur Leistungsverdichtung geködert werden. Statt Spaltung in zig verschiedene Gruppen gemeinsame, solidarische Lohn- und Gehaltspolitik!
- Betriebsdatenerfassung, neue Rechnersysteme, Leistungskontrolle des einzelnen durch immer umfangreichere rechnergesteuerte Datenerfassung — dazu genaue Auswertung der persönlichen Krankendaten durch den BKK-Computer —, das sind eindeutige Schritte zu einem im Interesse von Hoesch optimal durchsichtigen Personalinformationssystem. Deshalb: Keine Speicherung und Verarbeitung von persönlichen Daten im Zusammenhang mit Produktions- und Arbeitsplatzdaten!
- Schluß mit der Überstundenschinderei im Kaltwalzwerk! Normalarbeitszeit von Montag bis Freitag muß so bezahlt werden, daß sie unseren Lebensunterhalt sichert!
- Über 50 Millionen DM hat die Hütte 1983 durch Kurzarbeit „gespart" — deshalb: wenn Kurzarbeit nicht überhaupt verhindert wird — Hoesch muß zahlen, 100 Prozent Ausgleich bei Kurzarbeit!
- Auf ewig „rote Zahlen", immer am Rande des Konkurses — so sieht die Zukunft einer aus der Hoesch-Werke ausgegliederten und vom Grundbesitz und sonstigem Vermögen beraubten Hoesch Stahl AG aus. Deshalb: Keine Ausgliederung des Stahlbereiches, Verbleib in der Hoesch Werke AG!
- Vage Zusagen über die „beharrliche Weiterverfolgung des modernen Ersatzstahlwerkes" helfen nichts. Das hat die Vergangenheit gezeigt. Der für die Belegschaft notwendige Bau des Stahlwerks auf der Westfalenhütte kann nur durch den Kampf der Belegschaft selbst durchgesetzt werden!
- Erhalt und Sicherung der P 1 auf Union! Das heißt: Kein Abbau der vierten Schicht auf Union. Durchführung der Investition Hubbalkenofen sofort!

Über die genannten betrieblichen Punkte hinaus ist eine klassenkämpferische Orientierung der Gewerkschaftspolitik allgemein notwendig. Nicht in „Sozialpartnerschaft" mit den Kapitalisten, sondern nur im entschiedenen Kampf gegen sie lassen sich unsere Interessen durchsetzen — dazu gehört:

- 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Um dies durchzusetzen, müssen die insbesondere hier im Ruhrgebiet für die gewerkschaftliche Kampfkraft entscheidenden Stahlbelegschaften in den Kampf miteinbezogen werden!
- Das gesetzliche Verbot der Aussperrung ist angesichts der Drohungen der Kapitalistenverbände, bei Streik auszusperren, notwendig!
- Gesetzliches Rentenalter für Stahlarbeiter 55 Jahre — bei voller Rentenzahlung!
- Verstaatlichung der Stahlindustrie mit Garantie für alle Arbeitsplätze! Diese Forderung kann nur im konsequenten Kampf gegen die Konzernherren, Banken und ihre Regierung durchgesetzt werden!

Einen solchen Kurs der Gewerkschaftspolitik im Betrieb und in der Gewerkschaft hat die RGO sich zur Aufgabe gestellt. Nur so können auch in der Krise Arbeiterinteressen gegen Kapitalinteressen durchgesetzt werden. Eine solche klassenkämpferische Orientierung der Gewerkschaftsbewegung tut not!

Die RGO meint: Die Einheitsgewerkschaft ist heute wichtiger denn je. Aber der Einheitsgewerkschaft widerspricht es, wenn heute klassenkämpferische und fortschrittliche sowie kommunistische Kollegen mit Hilfe der Unvereinbarkeitsbeschlüsse aus der IGM ausgeschlossen werden. Sie müssen dort ihren Platz genauso haben wie christliche, sozialdemokratische und parteilose Kollegen.

Deshalb: Einheitsgewerkschaft ja! Unvereinbarkeitsbeschlüsse nein! Wiederaufnahme der auf Hoesch ausgeschlossenen kämpferischen Kollegen in die IGM!

Zum Maiaufruf des DGB

35-Stunden-Woche kein Thema?

Die alljährlichen Maiaufrufe des DGB gehören im allgemeinen nicht zu den besonders heiß diskutierten Dokumenten der Gewerkschaftsbewegung. Diesmal ist der DGB-Aufruf ein Ärgernis besonderen Kalibers — wegen seiner Haltung zur 35-Stunden-Woche.

In dem Aufruf heißt es: „Die Arbeitgeberverbände erklären gewerkschaftliche Forderungen wie die Verkürzung der Wochenarbeitszeit zum Tabu“. Eben das tut der DGB-Aufruf. Eine Forderung nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit — von der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ganz zu schweigen — wird in dem Mai-Aufruf des DGB nämlich überhaupt nicht gestellt. Die Rede ist nur allgemein von „Arbeitszeitverkürzungen“ und die sind für die Unternehmerverbände — etwa in der Form des Vorruhestandes oder der Teilzeitarbeit — keineswegs ein Tabu.

Die gegenwärtig konkurrenzlos zentrale Frage der Auseinandersetzung zwischen Lohnarbeit und Kapital in unserem Land wird in dem Mai-Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes überhaupt nicht behandelt. Nach einem größeren Armutszeugnis muß in der Gewerkschaftsbewegung lange suchen.

Die schnellen und beschwichtigenden Erklärungen dieses Undings taugen in Wirklichkeit nicht viel: Natürlich weiß man, daß eine Mehrheit der DGB-Gewerkschaften es ablehnt, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als tarifpolitische Aktionslosung auf die Tagesordnung zu setzen. Damit ist aber doch nicht erklärt, daß diese Einzelgewerkschaften und der DGB als Dachverband sich im offiziellen Aufruf zum 1. Mai weigern, in dieser Auseinandersetzung eindeutig Partei zur erfreifen. Was sind die verschiedenen Solidaritäserklärungen des DGB mit der IG Metall und der IG Druck & Papier wert, wenn der Bundesvorstand des DGB es nicht wagt, sich zum 1. Mai zu dieser Solidarität mit dem Kampf für die 35-Stunden-Woche zu bekennen? Welche Signale gehen von diesem Mai-Aufruf an die Unternehmer aus?

An der Frage der 35-Stunden-Woche wird in aller Schärfe deutlich, was den ganzen Aufruf prägt: Es ist kein Aufruf an die Arbeiterklasse zum Kampf gegen Kapital und Reaktion, sondern ein Appell an Kapital und Reaktion, im Kampf gegen die Arbeiterklasse doch mäßigung walten zu lassen.

Wieviel bürgerliche Blödigkeit gehört eigentlich dazu, die Arbeitslosen als „schwere Belastung unseres Sozialstaates“ zu bezeichnen? Stünde es dem DGB nicht wirklich besser an, die Sorgen und Forderungen der Arbeitslosen aufzugreifen?

Der DGB-Bundesvorstand fordert: „Der Staat darf sich seiner Verantwortung für die Beschäftigung nicht entziehen“. Aber der Staat sieht seine Verantwortung — zur Zeit sogar erklärtermaßen — in der Hebung des kapitalistischen Profits. Wäre es nicht realistischer und angebrachter, der DGB würde am 1. Mai zum Kampf gegen diese staatliche Politik aufrufen?

„Die Wahlen zum Europäischen Parlament müssen ein Schritt zu einem Europa der Vollbeschäftigung und der sozialen Gerechtigkeit werden.“ Wie das? Sind dem Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes die Auswirkungen der EG als Instrument zur Verwirklichung der Monopolinteressen auf die Arbeitsplatzvernichtung unbekannt? Oder flüchtet sich der DGB deshalb in derart hohle Phrasen, um keine oppositionelle Haltung gegenüber der Politik des westdeutschen Imperialismus einnehmen zu müssen?

Gegen die Politik der Wende setzt der DGB „Solidarität statt Ellenbogengesellchaft und Ausgrenzung der wirtschaftlichen Schwachen!“. An wen ist dieser Appell zur Solidarität gerichtet? Offensichtlich geht es nicht darum, die Arbeiterklasse und die Gewerkschaftsmitglieder aufzurufen, solidarisch gegen Kapital und Reaktion zu kämpfen. Sie müßten dazu ja ihre Ellenbogen gebrauchen, und sie sind es ja auch nicht, die die „Ausgrenzung der wirtschaftlich Schwachen“ betreiben. Es ist ein Aufruf an die Kapitalisten und ihre Wenderegierung, solidarisch mit den Arbeitern und Angestellten, den Arbeitslosen und Rentnern zu sein. Für einen Hirtenbrief der katholischen Bischöfe ganz passabel. Aber als Aufruf des DGB zum 1. Mai?

Maiaufruf des DGB 1984

Arbeit für alle

Die höchste Zahl von Arbeitslosen seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland ist eine schwere Belastung unseres Sozialstaates und eine politische und moralische Herausforderung. Arbeitslosigkeit ist mehr als ein begrenzter Einkommensverlust. Sie drängt die Betroffenen an den Rand der Gesellschaft.

Auch die in diesem Jahr sichtbare Wirtschaftsbelebung wird wenig am Fortbestehen der Massenarbeitslosigkeit ändern.

Davon sind auch diejenige betroffen, die einen Arbeitsplatz haben. Die Arbeitslosigkeit wird als politisches Druckmittel mißbraucht:

- **In den Betrieben ist das Erreichte in Gefahr. Materielle Ansprüche werden zurückgeschnitten. Streß und Kontrollen nehmen zu.**
- **Die Arbeitgeberverbände erklären gewerkschaftliche Forderungen, wie die Verkürzung der Wochenarbeitszeit, zum Tabu. Sie verweigern in einr zentral gesteuerten Aktion ernsthafte Tarifverhandlungen.**
- **Die Bundesregierung schränkt die Schutzrechte der Arbeitnehmer ein und baut Ansprüche auf Sozialleistungen ab. Sogenannte Denkanstöße konservativer Politiker gehen noch weiter: Sie nehmen die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ins Visiert und wollen die bindende Wirkung von Lohn- und Gehaltstarifen auflösen.**

Jede Arbeitnehmerin, jeder Arbeitnehmer kann von Arbeitslosigkeit betroffen werden.

Deshalb fordert der DGB:

- **Die Arbeitszeit muß verkürzt werden. Ohne eine Umverteilung der Arbeit gibt es keine Chance zur Widergewinnung der Vollbeschäftigung. Arbeitszeitverkürzungen sind deshalb das zentrale Kampfziel der Gewerkschaften.**
- **Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer muß gesichert und ausgebaut werden — zum Schutz der elementaren Arbeitnehmerinteressen und zur demokratischen Weiterentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Das gilt für alle Ebenen: Arbeitsplatz, Betrieb, Unternehmen, Gesamtwirtschaft.**
- **Der Staat darf sich seiner Verantwortung für die Beschäftigung nicht entziehen. Das bedeutet: Staatliche Beschäftigungsprogramme zur Förderung des qualitativen Wachstums und eine aktive und vorausschauende Arbeitsmarktpolitik sind dringlicher denn je.**
- **Der private Verbrauch der Arbeitnehmer und der Sozialeinkommensbezieher darf durch Sozialabbau nicht weiter reduziert werden.**
- **Der technische Wandel muß im Interesse der Arbeitnehmer sozial verträglich gestaltet werden.**
- **Die Wahlen zum Europäischen Parlament müssen ein Schritt zu einem Europa der Vollbeschäftigung und der sozialen Gerechtigkeit werden.**

An die Bundesregierung appelliert der DGB am 1. Mai 1984:

- **Geist, Inhalt und Auftrag unserer Verfassung dürfen nicht verfälscht werden. Der in der Nachkriegszeit mit großen Anstrengungen und vielen Opfern der Arbeitnehmer aufgebaute Sozialstaat darf in der wirtschaftlichen Krise nicht zur Demontage freigegeben werden.**
- **Weniger Staat soll für den einzelnen mehr Freiheit bringen. Die Wirklichkeit ist: weniger Staat bedeutet weniger öffentliche Investitionen und weniger Dienstleistungen für den Bürger.**
- **Die sogenannte Politik der Wende richtet sich gegen die wirtschaftlichen und sozialen Lebensinteressen der Arbeitnehmer. Sie richtet sich auch gegen Rentner, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger und ihre Familien: gegen den wirtschaftlich und sozial schwächsten Teil der Bevölkerung.**

Der DGB setzt dagegen:

- **Solidarität statt Ellbogengesellschaft und Ausgrenzung der wirtschaftlich Schwachen!**
- **Solidarität zwischen den Generationen!**
- **Solidarität zwischen Männern und Frauen!**
- **Solidarität mit den ausländischen Arbeitnehmern!**

Am 1. Mai 1984 erinnert der DGB aber auch daran:

Wichtiger als alles andere ist die Erhaltung des Friedens in der Welt. Die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen im vergangenen Jahr ebenso wie die Existenz von auf Europa gerichteten sowjetischen Waffen dieser Art haben den Frieden unsicherer gemacht.

Wirkliche Sicherheit ist nur durch ein Höchstmaß an gegenseitigem Vertrauen möglich. Die Stockholmer Konferenz für Abrüstung und Entspannung in Europa muß zu einem Neubeginn des friedenspolitischen Dialogs zwischen den Blöcken führen. Die Menschen in beiden Teilen Deutschlands haben ein existenzielles Interesse daran.

Der DGB ruft alle Arbeitnehmer auf, sich an den Kundgebungen zum 1. Mai 1984 zu beteiligen, für ihre gemeinsamen Interessen zu demonstrieren und die Gewerkschaft zu stärken.

Überall auf der Welt demonstrieren Arbeitnehmer am 1. Mai, am Tag der Arbeit: für das Recht auf Arbeit — gegen soziale Demontage, für starke Gewerkschaften — gegen den Abbau von Arbeitnehmerrechten, für eine Welt des Friedens — gegen Hunger und Unterdrückung.

Kleine Chronologie der 35-Stunden-Woche (VIII)

Der Zeitraum dieses Abschnitts unserer chronologischen Darstellung der Ereignisse umfaßt die zweite Märzhälfte und die erste Aprilwoche. Die entscheidenden Ereignisse sind dabei das endgültige Scheitern der Tarifbezirksverhandlungen der IG Metall sowie der Verhandlungen im Druckbereich und das überraschend angesetzte „Spitzengespräch“ zwischen IGM und Kapitalistenverband.

16. März
Die Reihe der Warnstreiks der IG Metall wird fortgesetzt. Schwerpunkt dieses wie des vorhergehenden Tages waren die Städte im Rheinland, Köln und Düsseldorf.

17./18. März
• Die Zahl der Bürgerinitiativen, die zur Unterstützung des Kampfes gebildet werden, nehmen weiter zu, an diesem Wochenende beispielsweise auch im Hochtaunuskreis ...

• Bei einem Treffen zahlreicher Arbeitsloseninitiativen in Braunschweig halten die Teilnehmer fest, daß der Kampf um die 35-Stunden-Woche auch für sie die entscheidende Perspektive ist, wieder Arbeit zu bekommen. Sie verabschieden eine Resolution, zu der unter den Arbeitslosen Unterschriften gesammelt werden sollen.

19. März
Auf einer Veranstaltung der Hamburger ÖTV erklären die dortigen Funktionäre ihre Bereitschaft, für die „35“ zu kämpfen. Dabei wird die Forderung vor allem auch im Zusammenhang mit den geplanten Privatisierungen und dadurch entstehenden Gefahren für weitere Arbeitsplätze erhoben.

20. März
Die Warnstreikbewegung geht an diesem Dienstag weiter, mit Schwerpunkt in Baden-Württemberg. Die größte Beteiligung wird mit der Arbeitsniederlegung bei Daimler Benz in Sindelfingen registriert, an der sich 15000 Kollegen beteiligten, dagegen nur 2000 an der Protestkundgebung.

21. März
Der IGM-Vorsitzende Mayr unterstreicht in Pressegesprächen seine Bedenken gegen eine Schlichtung und weist zugleich die laufenden Umfragen, die der Kapitalistenverband organisieren läßt, zurück. Das Ergebnis der Urabstimmung sei das einzig maßgebliche Kriterium für die Ig Metall, hebt er hervor — „wenn es denn sein muß“.

• An Warnstreiks beteiligten sich an diesem Tag nach IGM-Angaben in verschiedenen Bezirken über 33000 Metallarbeiter.

• Die fünften Verhandlungen in NRW und Rheinland-Pfalz werden ebenfalls ergebnislos abgebrochen.

22./23. März
An diesen beiden Tagen überschreitet die Zahl der an Warnstreiks beteiligten Arbeiter die Zahl von 100000. In verschiedenen Bekundungen des IGM-Vorstandes wird auf die Allianz zwischen Kapitalistenverband und Bundesregierung hingewiesen.

24./25. März
An diesem Wochenende häufen sich zahllose Solidaritätsaktionen mit dem gewerkschaftlichen Kampf. Die Bildung neuer Bürgerinitiativen wird ebenso vollzogen wie zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt.

26. März
Die Gewerkschaft HBV kündigt den Tarif im Reisegewerbe zum 31. Mai und erhebt auch dort die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

27. März
Als eine Art Antwort auf die gestrige Forderung der HBV im Reisegewerbe kann man die Neuigkeit des Tages bezeichnen: Die ersten Jahresabschlüsse der Großbanken werden bekannt. Die Deutsche Bank beabsichtigt allein an Dividenden über 325 Millionen Mark auszuschütten.

28. März
Erneut große Warnstreiks, diesmal mit Schwerpunkt Ruhrgebiet. Die Aktion „früher Feierabend“ wird insbesondere bei Opel Bochum mit Erfolg durchgeführt.

• Hans Mayr bekundet in erneuten Presseinterviews seine „neue Linie“. Er sei bereit, Spitzengespräche mit dem Kapitalistenverband zu führen (was dieser schon länger fordert), aber Bedingung sei, „die 40 muß fallen“.

30. März
Nachdem am Tag zuvor auch die letzten bezirklichen Tarifgespräche in Südwürttemberg/Hohenzollern und im Saarland ohne Egebnis abgebrochen wurden, ist nach nunmehr insgesamt 71 Verhandlungsrunden in den einzelnen Bezirken alles zum Stillstand gekommen. Um die Frage jetzt Urabstimmung oder Weiterverhandeln oder gar Schlichtung kommt es zu gewerkschaftsinternen Auseinandersetzungen.

• Als ein Kampfinstrument gegen die 35-Stunden-Woche bezeichnet die SPD die gestern im Bundestag (durch verschiedenste Auseinandersetzungen noch nachgeschönte) Vorruhestandsregelung, Blüm dagegen will es als „Friedensangebot“ verstanden wissen.

31. März
Unterschiedliches Echo ruft an diesem Tag eine Fernsehdiskussion vom Abend zuvor hervor, in der von Seiten der IGM-Vertreter mehr als seltsame Ausführungen zum Thema „Lohnausgleich“ und „die 40 muß fallen“ gemacht werden. In der Konsequenz laufen diese Äußerungen darauf hinaus, daß der IGM-Vorstand erstmals öffentlich positiv zum Thema Flexibilisierung Stellung nimmt.

1. April
Ab heute gilt ein neuer Tarifvertrag in der Bauindustrie. Die IG BSE-Führung hat dabei erneut ihre Bereitschaft kundgetan, die 40-Stunden-Woche beizubehalten.

2. April
Der Vorstand der IG Metall beschließt auf seiner Tagung an diesem Montag, daß er an einem Spitzengespräch mit dem Kapitalistenverband „ohne jede Vorbedingung“ (als ob nicht Mayr selbst bis dahin Bedingungen gestellt hätte ...) teilnehmen werde.

3. April
Nach dem Scheitern der Verhandlungen über einen neuen Manteltarif scheitern an diesem Tag auch die Gespräche über eine neue Lohnstruktur im Druckereigewerbe. Erwin Ferlemann betont, nun gäbe es keinen anderen Weg mehr als die Urabstimmung, der Vorschlag des Bundesverbandes Druck sei ein reiner Erpressungsversuch gewesen.

4. April
Die Rede Lambsdorffs am Vortag zur Eröffnung der Hannover-Messe (wobei über 1000 Metaller dagegen demonstrierten) findet ein breites Echo. Motto: Der Aufschwung ist da, wer jetzt fordert, macht ihn kaputt, so setzt er seine Hetzkampagne gegen die gewerkschaftlichen Forderungen über alle deutschen Sender fort.

• Das Spitzengespräch wird bereits auf den kommenden Freitag angesezt.

5. April
Die Reihe der Warnstreiks in der Metall- und auch der Druckindustrie geht unvermindert weiter. In der Druckindustrie nach München nun in Hamburg, in der Metallindustrie in verschiedenen Bezirken. Insgesamt haben sich nach Angaben der IGM bis dato rund 350000 Metallarbeiter an den Aktionen beteiligt.

6. April
Das Spitzengespräch erbringt keine Ergebnisse, am kommenden Montag muß der IGM-Vorstand entscheiden ob Urabstimmung, Schlichtung oder neue



Zwei unscheinbare Änderungen machen aus einem indiskutablen Plakat ein durchaus diskutablen Plakat ein durchaus diskutables. Zum „Kleeblatt-Plakat“ der Unternehmer fanden wir noch folgenden Kommentar auf einem Flugblatt der KPD/Hamburg: „Nein, das mit dem Kleeblatt mag was für Kühe sein, die mögen sowas. Dafür werden sie ja auch kräftig gemolken, bevor sie geschlachtet werden.“

STECKBRIEF

In der Nacht zum 30.3. schoß der Dortmunder Richter Peter Reimer den 31jährigen Fußbodenleger Udo Großmann zusammen. Großmann muß von Glück sagen, daß sein Leben gerettet werden konnte. Wahrscheinlich wird er aber an den Rollstuhl gefesselt bleiben.

Großmann hatte sich in der damaligen Nacht in angetrunkenem Zustand im Garten des Richters aufgehalten, dessen Haus in unmittelbarer Nähe seiner eigenen, erst zwei Monate zuvor bezogenen Wohnung liegt. Vermutlich hatte Großmann sich einfach im Grundstück geirrt. Der Richter schoß sofort und rücksichtslos. Übrigens mit einer Waffe, für die er keine Erlaubnis besaß! Seine Notwehrversion erwies sich als gelogen. Udo Großmann wurde in den Rücken getroffen!

Am nächsten Morgen übte der saubere Revolverheld sein Richteramt aus als sei nichts geschehen! Einen 22jährigen verknackte er z.B. wegen gefährlicher Körperverletzung, wobei er weit über den Strafantrag des Staatsanwaltes hinausging!

Bis heute ist Herr Reimer nicht vom Dienst suspendiert (abgesehen davon, daß ein anderer wahrscheinlich längst in Untersuchungshaft säße!). Stattdessen deuteten die Verantwortlichen Herren an, Reimer werde lediglich an ein anderes Gericht versetzt!

Ein Justizskandal! Zugleich aber auch ein typischer Fall von Klassenjustiz. Immer wieder werden kleine Ladendiebe oder sonstige arme Teufel gnadenlos verknackt, während gegenüber Straftätern aus "besseren Kreisen" meist beide Augen ganz oder weitgehend zugedrückt werden. Man stelle sich nur einmal vor, was los ist, wenn nicht ein Richter einen Arbeiter, sondern wenn umgekehrt ein Arbeiter einen Richter niederschießt!

Wir von der Volksfront gegen Reaktion und Faschismus wollen uns das nicht mehr alles gefallen lassen. Irgendwo muß einmal gegen diese Schweinereien Widerstand geleistet werden! Dieser Richter gehört nicht auf einen Richtersessel sondern hinter Schloß und Riegel. Wir fordern die sofortige Suspendierung von Richter Reimer. Er muß wegen versuchten Totschlags angeklagt werden!

GESUCHT WIRD

Der Richter Peter Reimer

wegen versuchten Totschlages!

Vorsicht, der Täter ist bewaffnet!

Sachdienliche Hinweise, die zur Ergreifung des Täters führen, nimmt (wie immer in derartigen Fällen) keine einzige Polizeidienststelle entgegen.

Dies ist ein Flugblatt der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus u. Krieg. V.i.S.d.P. Hermann Öhlicher, Vogelpothsweg 47, Do.

STECKBRIEF — der Dortmunder Volksfront gegen den dortigen Richter Reimer, der Ende März den Fußbodenleger Groß angeschossen und schwer verletzt hatte, um am Tag darauf Urteile wegen Körperverletzung auszusprechen (siehe Bericht im letzten RM). Mit diesem Steckbrief-Flugblatt zogen Mitglieder der Dortmunder Volksfront-Gruppe vors Gericht, wo sie die Suspendierung des Schießwütigen forderten. Eine Aktion, die in der Lokalpresse und der Öffentlichkeit einige Aufmerksamkeit erregte, zumal immer deutlicher wird, daß die zunächst öffentlich unterstützte Darstellung des Richters immer unhaltbarer wird.

Bundesweiter Marsch:

Wir lassen uns nicht spalten — Gleiche Rechte für Deutsche und Ausländer!

„Bundesweiter Marsch ..." Die Überschrift dieses Artikels ist der Titel für einen in (mindestens) zwei Züge geteilten Marsch im Oktober '84, der sich gegen die Pläne des Bundesinnenministeriums zur weiteren Verschärfung der Ausländergesetzgebung sowie gegen Ausländerfeindlichkeit allgemein richtet.

Dieser Marsch wurde als Ergebnis einer langen und teilweise sehr heftig geführten Diskussion auf dem Treffen des Koordinationsausschusses „Frankfurter Appell" am 7./8. April in Frankfurt beschlossen. Wenigstens zwei Marschsäulen werden sich nach der bisherigen Planung von Norden und Süden nach Köln bewegen, wobei auch durch Bonn gezogen wird. In Köln soll der Marsch mit einer Großveranstaltung in einer Halle seinen Abschluß finden.

Für die Marschsäulen wird ein fester Kern von Marschierern zusammengestellt. Eine wichtige Aufgabe haben die Initiativen und Organisationen in den Städten zu erfüllen, durch die der Marsch kommt: Sie sollen die Marschierer empfangen und dabei möglichst für einen „großen Bahnhof" sorgen, gut mobilisieren vor Ort. Den Marschierern soll auch eine exemplarische Zusammenstellung über Ausländerpolitik, Ausländerfeindlichkeit und Widerstand in der jeweiligen Stadt mitgegeben werden. Ausschnitte aus diesen örtlichen Materialien sollen im Rahmen der Abschlußkundgebung in Köln vorgestellt werden.

Als Zeitpunkt für die Ankunft der Züge in Köln wurde das Wochenende 13./14. Oktober festgelegt, über den genauen Tag wird noch entschieden, wenn das Programm näher festgelegt und zum Beispiel mit Musikgruppen usw. abgestimmt ist.

An welchem Tag der Marsch beginnt, steht noch nicht fest. Es wird in der ersten Oktoberwoche losgehen.

Zur genaueren Vorbereitung des Marsches werden verschiedene regionale Konferenzen stattfinden, in die nach Möglichkeit auch noch mehr Gruppen einbezogen werden sollen, als jetzt bereits im Koordinationsausschuß vertreten werden. Nach den Regionalkonferenzen, die überall bis Mitte Mai gelaufen sein müssen, wird eine erweiterte Sitzung des Koordinationsbüros einen Entwurf für die endgültige Planung erarbeiten, über den auf dem nächsten Treffen des Koordinationsausschusses — am 2. und 3. Juni in Frankfurt — beraten und Beschluß gefaßt wird.

Die KPD unterstützt den Marsch und die Vorbereitungen aktiv. Wir hatten uns auf der Konferenz — wie auch zum Beispiel die Volksfront und verschiedene Initiativenvertreter aus Städten und Regionen — für einen Marsch bereits vor der parlamentarischen Sommerpause eingesetzt (nach den Europawahlen, Zeitraum 18. bis 28. Juni). Wir denken, das wäre zu machen gewesen. Die Mehrheit war aber für einen Termin im Herbst, und wir stimmten zusammen mit den allermeisten dann für den Oktober.

20000 Unterschriften ...

wurden bisher unter den „Frankfurter Appell" gesammelt. Mehr als 15000 unter den „Kölner Appell". Etwa 400 Wissenschaftler und Hochschullehrer unterzeichneten den „Bochumer Appell". Unterschriften, die den Widerstand zumindest gegen eine noch weitere Verschlechterung der Situation unserer ausländischen Mitbürger dokumentieren; ein umfassendes Eintreten für die völlige Gleichberechtigung von Deutschen und Ausländern setzt sich der „Frankfurter Appell" ein.

Am 5. oder 6. Juni werden die bisher unter die genannten Appelle gesammelten Unterschriften gemeinsam den Bundesregierung in Bonn übergeben. Diese Übergabe soll von einer öffentlichkeits- und medienwirksamen Aktion in der Bundeshauptstadt begleitet werden; im Anschluß wird einen Pressekonferenz mit Sprechern aus Köln, Frankfurt und Bochum stattfinden.

Der Koordinationsausschuß „Frankfurter Appell" ruft die Initiativen in den verschiedenen Orten der Bundesrepublik und in Westberlin auf, am Tag der Übergabe auch örtliche Aktionen durchzuführen, um den großen Rückhalt, den die Appelle haben, unübersehbar zu demonstrieren.

Notizen

Etwa 50

Menschen waren am 7. und 8. April zur Sitzung des Koordinationsausschusses „Frankfurter Appell" gekommen. Sie vertraten sehr viele Städte mit ihren örtlichen Initiativen. Und verschiedene Organisationen und Parteien. Wie immer anwesend auch die KPD. Außerdem zum Beispiel: Volksfront, GIM, DS, DIDF, FIDEF, erstmals die VVN, der BWK und das Sozialistische Büro; nicht als Partei vertreten die DKP, die Grünen, die SPD, wohl aber Mitglieder wenigstens der beiden letztgenannten.

Der Frauenkongreß

gegen die besondere Unterdrückung von ausländischen Mädchen und Frauen, der im März in Frankfurt stattfand, war ein Erfolg. Mehr als 1000 Frauen waren anwesend (ca. zu 40 Prozent Ausländerinnen, mehr als 20 Nationalitäten). „Die Frauenbewegung hat diesen Kongreß angenommen", berichtete eine der Organisatorinnen vor dem Koordinationsausschuß „Frankfurter Appell". „Diese Frage wird zukünftig in der Frauenbewegung mehr diskutiert werden." Im Rahmen des Kampfes um Gleichberechtigung pochen die Teilnehmer des Frauenkongresses vor allem auf einen eigenständigen Rechtsstatus der ausländischen Frauen. Arbeiterinnen waren auf dem Kongreß noch relativ wenig vertreten, aber, so eine Sprecherin, das war auch noch kaum anders zu erwarten und spricht nicht dagegen, den Kongreß als Erfolg, und erst zunehmenden Fortschritt zu bezeichnen. Der Frauenkongreß sprach sich für eine Unterstützung des „Frankfurter Appells" aus. Der Koordinationsausschuß „Frankfurter Appell" ruft die Teilnehmerinnen des Frauenkongresses über die auf diesem Kongreß geschaffene Koordination auf, den Marsch im Oktober aktiv mitzutragen.

„Alternatives Ausländergesetz"

am 26. April wollen die Grünen im Bundestag den Entwurf eines „Alternativen Ausländergesetzes" im Bundestag einbringen. Das ließen sie, selbst in Frankfurt nicht vertreten, den Koordinationsausschuß „Frankfurter Appell" am Sonnabend mitteilen. Der Inhalt ist bisher im wesentlichen „Insidern" bekannt. Am 2./3. soll er auch dem Frankfurter Koordinationsausschuß vorgestellt werden, weil die Grünen, so ihre Mitteilung, an der Meinung der aktiven Initiativen interessiert sind. Stichwort des Gesetzentwurfes: ein Niederlassungsrecht. Der RM wird sich demnächst mit diesem Entwurf der Grünen auseinandersetzen.

Unser Ausländer programm

gehört in alle Debatten über eine „richtige Ausländerpolitik" hinein. Bei einer Betrachtung der Entwicklung der Bewegung gegen Ausländerfeindlichkeit und ausländerfeindliche Politik, der in dieser Bewegung geführten Diskussionen, bestätigt sich die Feststellung: Die von der KPD dargelegten programmatischen Vorstellungen für die Gleichberechtigung von Deutschen und Ausländern sind gut und treffen den Kern. Jeder Genosse sollte offensiv damit arbeiten. Jeder interessierte Leser kann es beim RM-Verlag bestellen.

Kommunales Wahlrecht

für Ausländer ist eine Forderung auch des „Frankfurter Appells". Deshalb sollte für alle, die diesen Appell unterstützen, gelten: Wo Kommunalwahlen anstehen, wird das zum Thema gemacht und in die öffentliche Diskussion gebracht, werden Unterschriften dafür gesammelt usw. Zum Beispiel in NRW. Dort wird wohl die Volksfront, soviel wurde aus Gesprächen am Rande des Frankfurter Treffens am Wochenende deutlich, im Juni — da der „Marsch" nunmehr im Oktober stattfindet — besondere Aktionen durchführen, die es wert sind, breite Unterstützung zu finden. Wir werden uns bei der Volksfront nach dem Verlauf ihrer Planungen erkundigen und sobald wie möglich im RM darüber berichten.

Korrespondenz aus Oberhausen

Zwei Faschistentreffen verhindert!

Demokraten und Antifaschisten haben am Wochenende in Oberhausen ein Treffen der NPD und eine öffentliche Veranstaltung der DVU in der Stadthalle erfolgreich verhindert!

Zur NPD: Alle waren überrascht und empört! Die NPD wagte es seit ihrem gescheiterten Auftritt in der Elsässer Straße 1978 das erste Mal wieder, öffentlich aufzutreten!

In der Gaststätte Ostentor an der Mülheimer Straße wollte sie am Freitag abend eine öffentliche Versammlung mit dem Duisburger Parteivorstandsmitglied Hartmut Höschen über das Thema „EG plündert Deutsche aus" durchführen!

Sobald dies bekannt wurde, liefen die Drähte heiß: Eine Menge Gruppen und Organisationen wurden aktiv. Vom CVJM über den Stadtjugendring bis zur Bunten Liste mobilisierten alle zu einer Gedenkkundgebung vor dem Arbeitsamt (schräg gegenüber der Kneipe) und zur Verhinderung des Treffens. Diese Kundgebung war vom Jugendring leider zu früh angesetzt (18 Uhr) und schon um 19 Uhr für beendet erklärt. Trotzdem blieben die Hälfte der Teilnehmer länger und verbarrikadierten den Eingang. Der Wirt hatte daraufhin erklärt, er verweigere die Durchführung der Veranstaltung aufgrund der Unruhe. Trotzdem wollten einige Leute in die Kneipe, angeblich, um Billard zu spielen. Diesen Leuten verschaffte die Polizei mit einem brutalen Polizeieinsatz Zugang; es ging ihr aber nicht um das Billard, sondern um das „Recht, Versammlungen abzuhalten". So geschah genau das gleiche wie 1978: Polizei wollte den Faschisten ihre Versammlung unter Gewaltanwendung ermöglichen. Helle Empörung der Gegendemonstranten schlug ihnen hier entgegen! Da die Kneipe dann kurz nach 20 Uhr geschlossen wurde, lösten sich die Gruppen von Antifaschisten später auf, nicht ohne noch auf den nächsten Tag vorbereitet worden zu sein:

Zur **DVU**: Die Deutsche Volksunion hatte über einen Münchner namens Bruno Wetzel das Auditorium in der Stadthalle Oberhausen für Samstag um 14 Uhr mieten lassen. „Das Geheimnis um Rudolf Hess" sollte von einer der seine rechtsradikalen Thesen bekannten englischen Schriftsteller David Irving gelüftet werden. Die *Bunte Liste Oberhausener Demokraten*, eine Wählergemeinschaft für die Kommunalwahlen im Herbst, hatte am Donnerstag von der Zentrale der Volksfront gegen Reaktion und Faschismus diese heiße Information erhalten und sofort reagiert: Am Freitag wurde der Oberstadtdirektor aufgefordert, die Veranstaltung zu verbieten, die Presse wurde informiert. Das war denn auch der regierenden SPD zu viel: Eine Kündigung des Auditoriums wurde veranlaßt, Schadenersatz wurde in Kauf genommen: Ein Erfolg der Antifaschisten! Um einer einstweiligen Verfügung zuvorzukommen, wurden alle Antifaschisten am Freitag aufgefordert, am Samstag die Eingänge der Stadthalle zu besetzen. Dieser Aufruf wurde befolgt, so daß die DVU nicht reinkam. Diskussionen mit einigen Besuchern zeigten deutlich: Diese Leute sind gefährlich: Sie verdrehen die Wahrheit, verleugnen die Kriegsschuld Hitlers, verleugnen die Existenz von Konzentrationslagern und die Vernichtung der politischen Gegner. Sie verharmlosen insgesamt den Faschismus und gehören deshalb verboten!

Korrespondenz aus Bremen

Aktion gegen „Graue-Wölfe"-Versammlung

Am vergangenen Sonntag war in Bremen eine Veranstaltung aus dem Umkreis der „Grauen Wölfe" angekündigt. Sie sollte um 13 Uhr beginnen, was sich allerdings um einiges verzögerte. Der Grund: Die Anwesenheit von rund 150 protestierenden Antifaschisten, darunter auch Mitglieder der Volksfront. Die beiden Transparente der Volksfront forderten das Verbot aller faschistischen Organisationen und riefen zur Freundschaft zwischen Deutschen und Ausländern auf. Ein großes Polizeiaufgebot mit überlangen Schlagstöcken, darunter eine Ziviltruppe, prügelte auch hier den Weg für die Faschisten (ein kleiner Haufen) frei. Dabei gab es insgesamt vier Verletzte, wobei aufgrund der Anwesenheit des Fernsehens einer der Hauptschläger sich zu erkennen geben mußte. Jetzt soll es Anklagen wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt geben...

Korrespondenz aus Dortmund

Gute Aktion gegen „Heß-Veranstaltung"

Auch durch Dortmund kam der rechtsradikale englische Historiker Irving auf seiner von der DVU organisierten „pro-Heß-Rundreise". Im Nobelhotel „Römischer Kaiser" sollte er vergangenen Sonntag sprechen.

Als er und seine Anhänger antanzten, fanden sie allerdings erst einmal den Haupteingang des Hotels mit einer Fahrradkette verschlossen, vor dem Eingang selbst ein Trupp Antifaschisten aus verschiedenen Organisationen, der eine Kette bildete. Auch an den Nebeneingängen waren solche Trupps — alles in allem etwa 200 Antifaschisten, die im wesentlichen über rasche Telefonate mobilisiert waren.

Sehr einleuchtend die Protestworte des Hotelinhabers (der für die SPD im Bochumer Stadtrat sitzt): Erstens habe er es nicht gewußt, was dies für eine Veranstaltung sei, zweitens habe es schon einmal bei ihm eine DVU-Veranstaltung gegeben, und da sei auch nichts gewesen. Die uniformierte Garde seines Parteifreundes Manner schlug dann wieder einmal den Faschisten die Bahn frei, wobei es auch Verletzte gab. Der so oft auf Papier beschworene Antifaschismus der Dortmunder SPD-Spitze „live", sozusagen ...

Dabei war die antifaschistische Gesinnung breit vertreten, auch unter Autoreifen. Die eines dicken Mercedes voll mit „Nationalzeitungen" waren plötzlich alle vier platt.

Obwohl die Versammlung letztlich nicht verhindert werden konnte, fand sie wesentlich kleiner und unter anderen Umständen statt als geplant. Bei der Aktion selbst ist vor allem hervorzuheben, wie entschlossen und einig die Mitglieder verschiedener Organisationen vorgingen, ein gutes Beispiel für antifaschistische Aktionseinheit.

Bericht von einer Friedenskonferenz in Fulda

Fulda Gap — „Hier könnte der 3. Weltkrieg beginnen"

Am Wochenende 7./8. April kamen in Fulda auf Einladung der dortigen Arbeitsgruppe Aktionsherbst 84 Fulda Gap ca. 150 Angehörige von Friedensinitiativen und anderen Organisationen der Friedensbewegung zusammen. Beraten wurde eine kombinierte Aktion „Manöverbehinderung und Menschennetz im Fulda Gap" während erwarteter Manöver der NATO in Osthessen im kommenden Herbst.



Die militärische Bedeutung der Fuldaer Lücke („Fulda Gap")

Im Jahre 1982 strahlte die amerikanische Fernsehgesellschaft CBS einen Beitrag über NATO-Manöver in Osthessen unter dem Titel aus „Fulda Gap — Hier könnte der 3. Weltkrieg beginnen". Und in der Tat, ein Blick auf die Europakarte zeigt, daß auf der ganzen Linie von Finnland bis Griechenland das Gebiet des Warschauer Paktes im Osthessischen am weitesten nach Westen ragt (NATO-Handbücher sprechen deshalb vom Thüringischen Balkon oder der Fuldaer Lücke), Entsprechend massiert sind in diesem Raum die militärischen Kräfte der NATO. Die Fuldaer Lücke liegt im Zuständigkeitsbereich des V. US-Korps. Hier finden jährlich an die 200 kleine oder große NATO-Manöver statt, wo der Krieg gegen die Länder des Warschauer Paktes geprobt wird. Im letzten Jahr noch das große NATO-Herbstmanöver Confident Enterprise mit 61000 Soldaten.

Zur Zeit sind schon 50000 US-Soldaten entlang der Achse Frankfurt-Fulda stationiert. Zahlenmäßiger Schwerpunkt dabei ist Hanau. Dort sind 20000 US-Soldaten stationiert. Strategische Schwerpunkte sind das Headquarter des 5. US-Korps in Frankfurt und das Chemical Detachment in Fulda Downs Baracks. In beängstigender Geschwindigkeit entstehen in Osthessen die Voraussetzungen der militärischen Infrastruktur des neuen NATO-Kriegsführungskonzepts Air-Land-Battle. Raketenstützpunkte (z.B. für Patriot) und US-Depots für konventionelle, chemische und nukleare Munition schießen geradezu aus dem Boden: in Erlensee-Langendiebach, Ockstadt, Alsberg, Gundhelm, Fulda-Sickels, Grebenhain.

Gleichzeitig werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, starke US-Einheiten in unmittelbare DDR-Grenznähe zu verlegen. Nach dem Plan zur Vorverlegung von US-Truppen („Master Restationing Plans") sollen 18000 US-Soldaten in Fulda und bis zu 15000 auf dem Truppenübungsplatz Wildflekken stationiert werden.

Schließlich noch der „Big Lift" als Abrundung: Über die Air Base Frankfurt der US-Armee (Startbahn West!) sollen im „Krisenfall" bis zu 6 US-Divisionen nach einem zwischen der US- und der Bundesregierung abgeschlossenen Abkommen („Wartime Host Nation support Abkommen" vom 15.4.82) ins Fuldaer Gebiet eingeflogen werden. Das Gemetzel kann beginnen.

Aktionsherbst 84 in der Fuldaer Lücke

Auf der Grundlage dieser Bedeutung des osthessischen Raumes für die Kriegsvorbereitungen der NATO haben die Fuldaer Freunde von der Arbeitsgruppe Aktionsherbst 84 vorgeschlagen, eine der zentralen Herbstaktionen der Friedensbewegung in diesem Jahr in Osthessen während der dort stattfindenden NATO-Manöver durchzuführen. Dabei ist der Fuldaer Vorschlag in zwei Richtungen zu begrüßen: Einmal richtet er sich eindeutig „gegen die Kriegsvorbereitungen der NATO auf dem Boden der Bundesrepublik" (siehe Aufruf), bleibt also nicht bei der reinen Raketen- und Nachrüstungsfrage stehen, zum anderen weil er eine Massenaktion, ein Menschennetz zwischen verschiedenen US-Stützpunkten im Manövergebiet (gedacht zur Manöverbehinderung im wesentlichen dadurch, daß die Straßen voll Menschen sind) mit anderen Formen des Protestes gegen die NATO-Manöver in den Tagen vor dem Menschennetz kombinieren will. Zu begrüßen auch deshalb, weil die Bevölkerung im Fuldaer Raum alljährlich mit NATO-Manövern traktiert wird und so eine gute Voraussetzung zur Unterstützung der Herbstaktion durch die dortige Bevölkerung vorhanden ist.

Stand der Vorbereitung

Dieser Vorschlag der Fuldaer ist bisher unterstützt worden von der „Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen", die auch den Aufruf verabschiedet hat; mit dem Koordinierungsausschuß in Bonn wurde insofern vorläufig Übereinstimmung erzielt, daß der Koordinierungsausschuß davon ausgeht, daß es im Herbst auf jeden Fall eine Aktion der Friedensbewegung im Bereich Fulda geben wird.

Am Wochenende nun wurde der Fuldaer Vorschlag auf einer bundesweiten Konferenz in Fulda diskutiert. Anwesend waren vor allem Gruppen aus dem Spektrum der unabhängigen Friedensbewegung, außerdem Vertreter der Grünen, der DKP, der DS, der Volksfront und unserer Partei.

Leider konnte die gegen die NATO und ihre Kriegsführungsstrategie gerichtete Stoßrichtung des Fuldaer Vorschlags nur in einer Arbeitsgruppe des Treffens vertieft werden. Hier fand auch die Losung „Raus aus der NATO" — als weitergehende Perspektive der Friedensbewegung einige Unterstützung. Auch die Mängel des vorliegenden Aufrufs, der sich neben den NATO-Kriegsführungsstrategien nur mit ökologischen Nebenproblemen beschäftigt, konnte in der Arbeitsgruppe gut diskutiert werden. Konsens war, daß es unbedingt notwendig ist, in der Vorbereitung der Aktionen den Zusammenhang von Rüstung und Sozialabbau verstärkt in die Öffentlichkeit zu tragen. Nicht zuletzt deshalb, um auch gewerkschaftliche Kreise für die Herbstaktionen zu gewinnen.

Die Diskussionen im Plenum allerdings waren von stundenlangen Debatten über die Militanz der Kampfformen bestimmt. Hervortaten sich hier verschiedene DKP-Vertreter mit ihrem Anliegen, die Kampfformen immer weiter abzuschwächen. Die Organisierung der Massenaktion, des Menschennetzes, konnte so gar nicht mehr besprochen werden.

Übereinstimmung herrschte jedoch bei den meisten Anwesenden, daß im Herbst im Gebiet Fulda eine kombinierte Aktion Manöverbehinderung und Menschennetz stattfinden soll. Übereinstimmung herrschte weiter in der Frage, daß der Schwerpunkt der Aktion eindeutig und einseitig gegen die NATO gerichtet werden soll (der Gegenvorschlag grüner Kreise, die Aktion vor allem als Ausdruck einer „blockübergreifenden Friedensbewegung" in unmittelbarer DDR-Grenznähe durchzuführen, wurde verworfen), daß aber auch grenznahe Aktionen, die symbolisch die Solidarität mit der unabhängigen Friedensbewegung der DDR verdeutlichen sollen, im Aktionsrahmen möglich sind — das sehr zum Leidwesen der DKP. Weitgehende Übereinstimmung herrschte ferner in der Frage, daß die anwesenden Gruppen und Organisationen (bei der DKP scheint das nicht gesichert) den Vorschlag zu einer Großaktion der Friedensbewegung im Bereich Fulda auf der Gesamtkonferenz der Friedensbewegung am 5./6. Mai in Köln unterstützen werden.

Von den Initiatoren des Treffens wurde betont, daß sie auf keinen Fall in der Frage der „Manöverbehinderung" gegenüber dem Koordinierungsausschuß in Bonn mit sich handeln lassen werden. Es bleibt zu hoffen, daß die weitere Vorbereitung der Aktion nicht unter dem mehr formalen Gesichtspunkt „Putz statt Latschdemo" läuft, sondern daß es aufgrund der politischen Bedeutung der Region im Rahmen des NATO-Konzepts zu einer Großaktion der Friedensbewegung im Raum Fulda im kommenden Herbst kommt. Unsere Partei wird sich jedenfalls im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür einsetzen.

Alle Genossen, die in der Friedensbewegung engagiert sind, sind aufgerufen, auf der Konferenz der Friedensbewegung am 5./6. Mai in Köln diesen Vorschlag zu unterstützen. Ein 12seitiges Papier mit dem Aktionsvorschlag kann zum Preis von 30 Pfennig (in Briefmarken + Rückporto beilegen) beim ABC-Laden, Ohmstr. 12, 6400 Fulda angefordert werden.

35. Tagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO

Neues Raketenabwehrsystem soll Erstschlagsstrategie der USA perfektionieren

Wenn jemand von Verteidigung redet, muß er nicht unbedingt friedliche Absichten haben. Wenn die USA von der Notwendigkeit „erhöhter Verteidigungsanstrengungen" reden, ist das ganz bestimmt nicht der Fall. Letztes Beispiel: die sogenannte strategische Verteidigungsinitiative, über die US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger auf der 35. Tagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO die europäischen NATO-Staaten informierte.

Es geht um ein neues Raketenabwehrsystem. US-Präsident Ronald Reagan hatte erstmals im März 1983 in der Öffentlichkeit davon gesprochen, daß die US-Regierung ein neues Abwehrsystem für Interkontinentalraketen entwickeln wolle, das im wesentlichen im Weltraum stationiert und mit Laser- oder Neutronenstrahlen ausgerüstet sein soll. Warum dieses neue Rüstungsprojekt notwendig ist? Nun, aus den gleichen Gründen, aus denen alle Rüstungsprojekte der USA (und natürlich auch anderer NATO-Staaten) in den letzten Jahren notwendig wurden: 1. weil gegenüber der Sowjetunion „nach"-gerüstet werden muß; 2. weil mit diesem neuen Rüstungsprojekt dieses Mal ganz bestimmt die Gefahr eines Atomkrieges gebannt wird.

Tatsächlich trifft beides nicht zu. Tatsächlich würde die Ausrüstung der USA mit diesem Raketenabwehrsystem die Gefahr eines Atomkrieges — und zwar mit dem zentralen Schlachtfeld Europa — ganz beträchtlich erhöhen. Warum? Weil damit für die USA das Risiko, bei einem atomaren Erstschlag selbst das Opfer eines atomaren Gegenschlags der Sowjetunion zu werden, weitgehend ausgeschaltet wäre. Denn die sowjetischen Interkontinentalraketen, die durch den Einsatz der Pershing II und der Cruise missiles nicht zerstört worden sind, könnten dann durch das Raketenabwehrsystem, das jetzt entwickelt werden soll, noch im Anflug zerstört werden. Die USA wären fein raus und Europa, vor allem die Bundesrepublik als Hauptstationierungsfeld und damit auch Hauptzielscheibe für atomare Mittelstreckenraketen, würde endgültig zur atomaren Wüste.

Solchen strategischen Überlegungen der US-Regierung, die so kraß wie selten zuvor zeigen, worum es den USA geht, mochte selbst Manfred Wörner nicht so ohne weiteres zustimmen. Zumal heute schon klar ist, daß mit der Entwicklung dieses Raketenabwehrsystems gigantische Kosten auf die NATO zukommen. 500 Mrd. Dollar soll das Ganze nach Auskunft der US-Luftwaffe kosten. Rüstungsexperten schätzen die tatsächlich entstehenden Kosten auf das Zweieinhalbfache — also 1250 Mrd. Dollar, rund 3000000000000 DM!!! (Zum Vergleich: der Hauhalt der Bundesrepublik umfaßt 240 Mrd. DM.)

Geld forderte Caspar Weinberger von der Bundesregierung auch für den besseren Schutz der ca. 6000 amerikanischen Atomsprengköpfe, die in der Bundesrepublik lagern. Schutz nicht für heute, sondern für den Ernstfall. Die US-Regierung möchte, daß diese Atomsprengköpfe nicht mehr wie bisher fest stationiert sind, sondern mobil, an ständig wechselnden Orten, gelagert sind, damit sie im Ernstfall schwerer zu treffen sind. Daß damit, wird die Forderung der USA erfüllt, bereits heute ein hohes Risiko von Unfällen geschaffen würde und in einem tatsächlich eintretenden „Ernstfall" die Folgen für die Bevölkerung verheerend wären, interessiert die US-Imperialisten nicht.

Wir meinen: angesichts der Pläne, die der US-Verteidigungsminister Weinberger in der letzten Woche auf den Tisch gepackt hat, gibt es nur eins: den Kampf für die Abkoppelung von der Kriegspolitik der USA verstärken. BRD raus aus der NATO! Neutralität!

RM-Dokumentation

Manöverbehinderung und Menschennetz im Fulda Gap

Aufruf

Die Aktion „Manöverbehinderung und Menschennetz im Fulda Gap" richtet sich gegen die Kriegsvorbereitungen der NATO auf dem Boden der Bundesrepublik. Durch die Stationierung neuer US-Präzisionsvernichtungssysteme wie Cruise missiles, Pershing II und Patriot,

- den massenhaften Bau von US-Depots für konventionelle, chemische und atomare Munition;
- die geplante grenznahe Verlegung von US-Truppen, insbesondere in den osthessischen Raum;
- eine „Verteidigungsstrategie", die den Tod einer ganzen Region bedeutet;
- sowie durch die zugrundeliegenden offensiven NATO-US-Kriegsführungsstrategien (Airland Battle, Master Restationing Plan, Wartime Host Nation Support) wird die Bundesrepublik und hier insbesondere das Fulda Gap immer mehr zum potentiellen Schlachtfeld — zum Kriegsschauplatz der ersten Stunde.

Mit der Aktion „Manöverbehinderung und Menschennetz" wollen wir zeigen:

- Wir können nicht akzeptieben, daß die Menschen im Osten und Westen durch die NATO mit Vernichtung bedroht werden;
- ebensowenig akzeptieren wir die Vernichtungssysteme des Warschauer Paktes, die uns bedrohen;
- wir wehren uns gegen den militärischen Landraub, gegen die Zerstörung der Umwelt durch Manöver, gegen Strategien, die bereits im „Frieden" einen Krieg gegen die Natur führen.

Die Aktion ist ein Zeichen für unsere Entschlossenheit, Angriffskriegsvorbereitungen durch entschiedenen und gewaltfreien Widerstand zu verhindern. Sie soll den militärischen Betrieb stören und die Menschen ermutigen, auch jenseits der Grenze, gegen die Kriegsvorbereitungen Widerstand zu leisten.

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe

Nicaragua, TAZ und KJD

Betr.: RM-Nr. 12 vom 23.3.84, Seite 11

Liebe Genoss(inn)en,

so ist's recht: „Selbstkritik" an der KPD bedeutet für euch Kritik an der KJD (nachzulesen im letzten Absatz:) „...das brigadeprojekt unseren Jugendverband mehr hätte interessieren sollen." Ein interessanter Ansatz, wenn mensch bedenkt, daß diese Kritik für die ersten zwei Brigaden zu spät kommt, daß der Autor/die Autorin des Artikels als „konkreter" Mangel nur einfällt, daß die KJD, und nicht etwa die Partei, zu spät aufgewacht sei, daß für internationale Solidarität nicht nur die Jugendorganisation zuständig ist, daß 16jährige natürlich bestens konditioniert sind, zwei Monate und mehr unter „für Deutsche" schweren Bedingungen Bohnen zu pflücken oder, wie es zuerst für die zweite Brigade vorgesehen war, Bauarbeiten zu leisten, daß so'n Flug mehr als 2000 Mark kostet, und überhaupt.

Eine Schlagzeile der „TAZ" als Beweis für ihre schlechte Berichterstattung hinzustellen, ist auch nicht gerade die fundierteste Kritik. Die „TAZ" berichtet im Gegenteil auch über Sachen, über die der RM noch kein Wort verloren hat: Über die „linke Opposition" in Nicaragua, und zwar aus einer korrekten Position heraus, keinesfalls überheblich oder hingebogen, wie es der RM oft tut, (auf Wunsch folgt Nachweis). In dem genannten Artikel vom 27.3. werden die Beziehungen und das Verhältnis zwischen den zwei kommunistischen Parteien, die es laut Bericht in Nicaragua gibt (MAP/ML und PC de N) und der FSLN unter Berücksichtigung der bestehenden Verhältnisse beschrieben und es wird darauf hingewiesen, daß die Sandinisten von Anfang an „mehr Härte gegenüber der Bourgeoisie und mehr Freiheiten für die Arbeiter und das Volk" hätten walten lassen müssen. Und weiter: „Die MAP/ML glaubt, daß sich die FSLN des inneren Feindes von Anfang an hätte entledigen müssen, ‚dann gebe es wenigstens nur noch den äußeren Feind zu bekämpfen', meint ein Genosse. Die FSLN sei eine kleinbürgerliche nationale Befreiungsbewegung, man müsse sie kritisch unterstützen, versuchen, sie zu einer Zusammenarbeit zu überreden. Den Sozialismus werde sie nicht herbeiführen." (Ferner sammelt die „TAZ" für „Waffen für El Salvador".) Das, was viele sich ja irgendwie schon gedacht haben, (die Kapitale hängen ja teilweise immer noch drin), hier mal ausgesprochen.

Heroische Artikel über eine fünf Jahre „alte" Revolution ist eine Sache — der Versuch, die Angelegenheit auch und erst recht heute zu durchleuchten und zu hinterfragen, eine weitergehende. Dies ist meine Aufforderung an euch.

Das hindert mich nicht daran, eine „alte" Parole der KPD und andere aufzugreifen und mich so zu verabschieden: Sieg im Volkskrieg — Klassenkampf im eigenen Land! (aus betr. RM-Artikel)

Es lebe die internationale Solidarität — für eine rege Teilnahme an weiteren Solidaritätsaktionen für Nicaragua/Mittelamerika!

Rot Front,
Jo. aus Bremen



Liebe Genossen,

ich habe im RM vor rund einem Jahr schon mal berichtet, daß es auf der Klöckner-Hütte in Bremen eine Gruppe von Kollegen gibt, die die Geschichte ihres Betriebes während der NS-Zeit untersucht hat. Wir stießen auf das Konzentrationslager Riespott, welches direkt an das damalige Betriebsgelände angrenzte. Ferner wurden auf dem Werksgelände bis zu 750 Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene festgehalten, deren Unterkünfte (Wellblechbaracken) zum Teil heute noch stehen und als Fahrradschuppen oder Lagerraum benutzt werden.

Zum 30. Januar 83, dem 50. Jahrestag der NS-Machtergreifung, hatten wir unsere Ausstellung zu diesem Thema fertig, die monatelang im Betriebsratsbüro hing und von vielen Kollegen gesehen wurde. Jetzt konnten wir eine Broschüre rausbrignen, die jeder beim Betriebsrat der Klöckner-Werke (Robert Milbradt), Auf dem Delben 35, 2800 Bremen 21, für fünf Mark bestellen kann.

Die Arbeit war ziemlich zäh, weil Bücherschreiben zu den Talenten gehört, die uns nicht in die Wiege gelegt werden. Unser Thema waren keine spektakulären Ergebnisse, sondern das alltägliche Leben, besonders der Arbeiter. Berichte älterer Kollegen und Werksrentner boten dafür das Material, es gelang uns auch, viele Fotos aus dieser Zeit aufzutreiben. Ich will nur zwei Gesichtspunkte herausgreifen:

Zwangsarbeit war schon vor 1933 der Zug der Zeit. Das spätere KZ Riespott trat als Lager des „Freiwilligen Arbeitsdienstes" schon 1932 in Erscheinung. Pflichtarbeit für Erwerbslose, Einrichtung von Landesarbeitsanstalten wurden von der NS-Regierung fast sogleich nach ihrer Einsetzung verfügt. Ab 1936 gab es keinen Arbeitsplatzwechsel ohne Zustimmung der Arbeitsämter mehr. Arbeitslose wurden in die Rüstungszentren zwangsverfrachtet. Sie bewohnten als „Dienstverpflichtete" die ersten Baracken auf dem Gelände der Norddeutschen Hütte. Über ihre Behandlung berichtete uns ein alter Kollege: „Im Lager an der Straße, da waren die Dienstverpflichteten. Wer hier nach drei Eintragungen nochmal verschlief, der ging für drei Wochen nach Farge, das war hier das Arbeitslager. Sie sollten da zur Pünktlichkeit erzogen werden.

Wir hatten in der Werkstatt auch zwei Junggesellen, die dahin mußten. Als sie wiederkamen, durften sie nicht über Farge sprechen. Beim Waschen haben die Altgesellen natürlich die Striemen auf dem Bukkel gesehen."

Das weit verbreitete Vorurteil: Unter den Nazis hatte nur zu leiden, wer Jude oder Kommunist war, haben wir also nicht bestätigt gefunden.

Ferner bezogen wir aus den Erzählungen der alten Kollegen viele Hinweise auf die Haltung der Belegschaft zum Faschismus. (...)

Und damit zum letzten Kapitel unserer Broschüre. Es spielt 1948, als im ehemaligen KZ Riespott prominete Nazis in Untersuchungshaft sitzen und in einer der Baracken das Büro einer Entnazifizierungsspruchkammer untergebracht ist, die dort die NS-Bonzen vernimmt. Ein daran beteiligter Antifaschist hat uns ausführlich berichtet. Er trat bald danach aus Protest gegen die milde Behandlung der Naziverbrecher aus der Spruchkammer aus. Kurz darauf erklärten Bremer Betriebsräte in einer einstimmig angenommenen Erklärung ihre Bereitschaft, „mit gewerkschaftlichen Mitteln dafür zu kämpfen, daß die Entnazifizierung sich nicht zu einer Aktion für die Nazis auswirkt."

Ich hoffe, den Lesern jetzt genug Appetit auf unsere Broschüre gemacht zu haben. Zum Schluß noch was Aktuelles: Im März besuchten uns fünf ehemalige französische Widerstandskämpfer, die whrend des Krieges in Frankreich verhaftet und in Bremer KZs deportiert worden waren. Drei von ihnen saßen im Riespott, drei der 500 dort gefangenen französischen Widerstandskämpfer, drei der 140 Überlebenden von denen die meisten in den ersten Nachkriegsjahren starben. Tiefe Freundschaft verbindet sie, man duzt sich, unbeschadet der 40 Jahre, die seit dem gemeinsamen Leiden vergangen sind, erzählt einer. Sie trafen sich mit uns und rekonstruierten bei den Hochöfen die Lage des ehemaligen KZs. Sie sprachen mit den Kollegen über den Standort für eine Gedenktafel, die auf dem Hüttengelände angebracht werden soll und begutachteten erste Entwürfe dazu.

„Es ist gut, daß ihr euch darum kümmert", sagte der ehemalige KZ-Insasse Jacques Thuet, „damit wir nicht ganz vergessen werden."

M. aus Bremen

Ermächtigung zum Einzug von Spenden durch Lastschriften

An die
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30

Hiermit ermächtige ich euch, widerruflich, monatlich eine Spende für den Roten Morgen in Höhe von .... DM zu Lasten meines Girokontos Nr. ....

bei (genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts) ....

Bankleitzahl ....
durch Lastschrift einzuziehen.
Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

....
(Name, Vorname, genaue Anschrift)

....
Ort, Datum Unterschrift



Deine Spende für den Roten Morgen!

Ist gefragt. Roter-Morgen-Spende: Das ist eines von den drei „Stichworten", unter denen Genossen, Freunde und Kollegen aufgerufen sind, für die Arbeit der KPD zu spenden. Wir meinen: Unsere Arbeit kann sich sehen lassen. Als Beispiele aus dem letzten Jahr: Serie über den „CDU-Staat" vor der Bundestagswahl im März, ausführliche und konkrete Berichterstattung über die Entwicklung in Lateinamerika, (Hungerrebellion in Sao Paulo, Entwicklung auf Grenada — und zwar vor der US-Aggression), die einzige konkrete und kritische Auseinandersetzung mit dem DGB-Beschäftigungsprogramm, Exklusivberichte über Betriebsbesetzungen und manches andere mehr, was nicht in anderen Zeitungen zu finden ist (neben Berichten über den Sozialismus in Albanien und über 200 Korrespondenzen). Und wir haben in diesem Jahr noch viel vor — dazu brauchen wir eure Mitarbeit, eure Kritik, aber auch, und das dringend: euer Geld! Deine Spende für den Roten Morgen hilft deiner Zeitung, hilft unserer Partei! Nur mit noch mehr Spenden können wir unsere Arbeit weiter verbessern! Darum: Spende — jetzt!

Auf Konto: Verlag Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321000290; (Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

KJD Sozialismus Camp

27. 7. bis 11. 8. 84 Weißenbach am Attersee/Österreich

Auf dem Programm

1	**Wie stellen wir uns ein sozialistisches Deutschland vor?** • Ohne Arbeitslosigkeit und Ausbeutung, ohne Aufrüstung, Kriegsvorbereitung und Umweltzerstörung, ohne Polizeiterror, Unterdrückung, Ausländerfeindlichkeit undFaschisten, ohne Kapitalisten, Bonzen und Bürokraten — und niemals so wie in der DDR. • Diskussion in Arbeitsgruppen
2	**Auf den Spuren der ODESSA** • Odessa, das ist die Nachfolgeorganisation der SS, die in der Nähe von Weißenbach immer noch einen Stützpunkt unterhält. Wir wollen den Nazis ein wenig auf die Finger schauen.
3	**Kultur**: Filmnacht, Musikgruppe, Lagerband, Volkstanz, Theater spielen, Pantomime, Lager-Disco, Videofilme zeigen.
4	**Sport**: Frühsport, Fußball, Volleyball, Tischtennis, Federball, Sportturniere, Bergwandern, Bergsteigen.
5	**Arbeitsgruppen**: Flugblatt, Layout, Foto-AG, Lagerzeitung, Plakat-AG, Videofilm-AG, Elektronik-AG.
6	**Ausflüge** nach: Wien, ehemaliges KZ Mauthausen, Betriebsbesichtigungen, Zweitageswanderung auf den Hochkönig (Übernachtung auf der Hütte in 3000 Meter Höhe), Besuch einer Glasbläserei.
7	**Sonstiges**: Baden im Attersee, Geländespiel, Nachtwanderung, Lagerbücherei, Doppelkopf, Skat, Schach, Angeln, Segeln, Minigolf und, und, und ...

Anmeldung:

Der Ort: Das KJD-Zeltlager findet auf dem Europa-Camp der Sozialistischen Jugend Österreichs in Weißenbach am Attersee/Österreich statt. **Die Anreise**: Die KJD organisiert einen Bus ab Dortmund mit Zwischenhalt in Düsseldorf, Köln, Frankfurt, Stuttgart und eventuell München. **Der Preis**: Die Teilnahme am Lager kostet (incl. Hin- und Rückreise mit dem Bus): **445 Mark** (für Leute, die weniger als 500 Mark im Monat verdienen); **545 Mark** (für Leute, die mehr als 500 Mark im Monat verdienen). **Achtung: Wer nicht mit dem Bus fährt, zahlt 30 Mark weniger. Anmeldeschluß**: 15. Juni 1984. Bei späteren Anmeldungen erhöht sich der Preis um 60 Mark.

Ich melde mich hiermit zur Teilnahme am KJD-Camp (21.7. bis 11.8.1984) in Weißenbach/Österreich an. Ich habe 50 Mark Anzahlung auf das Konto der KJD überwiesen. Den Restbetrag überweise ich bis zum 15.6.1984.

Name: .... Vorname: ....

PLZ/Wohnort: .... Straße: ....

Telefon: .... Alter: ....

O Ich verdiene weniger als 500 Mark monatlich O Ich verdiene mehr als 500 Mark monatlich O Ich möchte mit dem Bus fahren.

Ort, Datum, Unterschrift: ....

Einsenden an: KJD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30, Bankverbindung: Postscheckamt Dortmund, Konto-Nr.: 13456-464, (BLZ) 440 100 46.

Mobilisieren ...

... für das Sozialismus-Camp der KJD. Das ist nicht nur eine Aufgabe für unseren Jugendverband, das ist eine Aufgabe, bei der alle Genossinnen und Genossen der Partei, alle Betriebs- und Stadtteilzellen, alle Leser des Roten Morgen mithelfen können. Mobilisiert Jugendliche für das Zeltlager. Sprecht Jugendliche in der Nachbarschaft, Bekannte, Verwandte, Jugendliche im Betrieb, im Stadtteil, vor dem Arbeitsamt, in Jugendzentren, Initiativen, auf Demonstrationen und Kundgebungen an. Es lohnt sich. Preis und Programm des Lagers können sich durchaus sehen lassen. Und das Lager selbst wird zur Stärkung unseres Jugendverbandes beitragen, kann auch ein Mittel sein, um an den Orten, an denen es noch keine KJD-Gruppe gibt, eine aufzubauen.

Als Werbematerial steht demnächst von der KJD zur Verfügung: das auf dieser Seite abgebildete Plakat DIN A3, das auch als Flugblatt verteilt werden kann. Anzeigen für Betriebs- und Stadtteilzeitungen (werden als Druckvorlage geliefert). Und ein „Programmheft" bekommt jeder Teilnehmer sofort nach der Anmeldung zugeschickt.

Bestellungen für Werbematerial an: KJD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30.

Stahlrevier Lothringen „Wir müssen richtig zuschlagen..."

Weitere Kampfaktionen der Stahlarbeiter

Nicht nur durch die spektakulären Kampfmaßnahmen, das Plündern von Finanzämtern, der Sturm auf Parteibüros, Blockaden und Demonstrationen sind die Aktionen der Stahlarbeiter Lothringens Gegenstand von öffentlichem Interesse.

Interessant auch, daß die Arbeiter gegen eine sogenannte Linksregierung, gegen die Koalition der französischen Sozialistischen Partei und der Kommunistischen Partei und den Präsidenten Mitterand angetreten sind.

Schon 40000 Stahlarbeiter haben in den letzten zehn Jahren in Lothringen ihren Arbeitsplatz verloren. Als die Regierung Mitterand ankündigte, zur „Gesundung" der französischen Stahlindustrie müßten nochmals 20000 Arbeiter dran glauben, brach ein Sturm los. Schon in der vergangenen Woche berichteten wir von den Kampfaktionen, vor allem in Longwy, wo Finanzämter und Parteibüros der Sozialistischen Partei ausgeräumt wurden, Akten verbrannt wurden und selbst ein großes Polizeiaufgebot der Arbeiter nicht Herr wurde.

Die ganze vergangene Woche über machten die Stahlarbeiter weiter. Unterstützt von breiten Teilen der Bevölkerung, die erkannt haben, daß der Arbeitsplatzabbau in der — staatlichen — Stahlindustrie die Arbeit, das Leben einer ganzen Region bedroht.



Generalstreik: Aktion „totes Lothringen"

Die Operation „Totes Lothringen", ein Generalstreik, legte die ganze Provinz lahm. Demonstrationen, Verkehrsblockaden, Barrikadenbau — die Polizei, die Regierung, waren machtlos. In ganz Lothringen läuteten die Kirchenglocken Sturm und die Stahlarbeiter riefen: „Mitterand zurücktreten", Bilder des Staatspräsidenten wurden verbrannt.

Am Mittwoch vergangener Woche versuchte Staatspräsident Mitterand auf einer großen Pressekonferenz seine Politik zu verteidigen. Keinerlei Abstriche von seiner Politik will Mitterand machen, er versuchte, die Stahlarbeiter im „gesamtnationalen" französischen Interesse dazu zu bringen, mit den Kampfaktionen für ihre Arbeitsplätze aufzuhören. Aber Mitterand erreichte nichts. Die Demonstrationen gehen weiter, am Samstag letzter Woche z.B. besetzten nach großen Kundgebungen 60 Stahlarbeiter den Fernsehsender von Luttange und stellten von 19.30 Uhr bis Sendeschluß kurzerhand das Programm ab. Und in den nächsten Tagen ist ein Marsch auf Paris angesagt...

Der militante Kampf um die Arbeitsplätze in Lothringen hat die Regierung in Paris in große Schwierigkeiten gebracht. Zum einen glaubt kein Arbeiter mehr dem „Sozialistenführer" Mitterand, daß er eine Politik für die kleinen Leute, gegen das Monopolkapital machen würde, zum anderen ist der Koalitionspartner der Sozialisten, die revisionistische Kommunistische Partei Frankreichs auch schwer in der Klemme.

Als Partner in der Regierung ist sie mitverantwortlich für diese Politik, soviel von Differenzen jetzt auch die Rede sein mag. Aber die Basis der KPF, die Gewerkschaft CGT läßt sich auf die Regierungspolitik nicht ein. Die Gewerkschaft und viele tausend Wähler der „linken" Regierung stehen heute im Kampf gegen Paris. Die logische Konsequenz aus einer solchen Situation, zumindest von der KPF könnte man es erwarten, nämlich diese Arbeitsplatzabbau-Regierung zu verlassen, steht für die revisionistische Partei im Moment noch nicht zur Debatte. Die Begründung des KPF-Chefs Marchais ist so einfach wie hinterlistig, er sagt, das würde nur den Rechten nützen: *„Ein Ausscheiden ist für uns die einfachste Lösung, aber Ausscheiden wäre genau das, was die Rechte will (...) folglich machen wir der Rechten das Geschenk nicht."* Also wird die KPF weiter die arbeiterfeindliche Politik Mitterands unterstützen, als wenn es für die Stahlarbeiter z.B. noch schlimmer kommen könnte.

Wie lange das noch gut geht, kann man nicht sagen. Ein Sprecher der von der KPF beherrschten Gewerkschaft CGT in Longwy über die nächste Zukunft: ***„Wir müssen richtig zuschlagen (...) es gibt nur eine Lösung: die Aktion gegen die Maßnahmen der Regierung in der Stahlindustrie verstärken."***

Nicaragua-Demonstration

Am 31. März fand in Dortmund eine Demonstration zur Solidarität mit Nicaragua, gegen die Kriegsdrohungen des USA-Imperialismus statt. An ihr beteiligten sich rund 350 Menschen, mobilisiert vor allem von DKP und autonomen Gruppen. Neben anderen Organisationen nahm auch ein — zu kleiner — Block der KPD und KJD teil. Am Abend, zu der Kulturveranstaltung im Freizeitzentrum West kamen bis zu 1000 Menschen.

Grußadresse aus Peru

In der letzten Woche erhielt das ZK der KPD eine Grußadresse des ZK der Kommunistischen Partei Perus (M-L) zum 5. Parteitag der KPD. Die Genossen drücken darin ihre Glückwünsche zu den Ergebnissen dieses Parteitags aus und ihre Hoffnung, die KPD möge wachsen und erstarken. Einen besonderen Glückwunsch richteten sie an den Genossen Koch für seine Wahl zum Vorsitzenden der Partei.

FOLTER IN TÜRKISCHEN GEFÄNGNISSEN — DOKUMENTE AUS GERICHTSAKTEN

Bis heute wurde die Vermutung, daß in türkischen Gefängnissen auf das barbarischste gefoltert wird, immer wieder an Hand der Informationen, die wir von Familienangehörigen oder der Anwälte der politischen Gefangenen bekommen konnten, erhärtet. Die Dokumente, die wir im Folgenden veröffentlichen, stammen aus Gerichtsprotokollen. (...) Zum ersten Mal ist es möglich, die Schilderungen der Gefangenen selbst zu verfolgen.

Auszüge aus den Gerichtsprotokollen vom 62. Verhandlungstag des TDKP-Verfahrens in Istanbul am 22.11.1983, Seite 496:

„Der Angeklagte **Semih Orcan** bat um das Wort: Obwohl überhaupt kein Grund angegeben wurde, wurde ich in eine Einzelzelle gebracht. Meine Bedürfnisse, noch nicht einmal meine Bitte nach Büchern oder Zigaretten werden befriedigt. Als ich zum Gericht gebracht wurde, wurde ich am ganzen Körper, sogar im After, untersucht. Man griff zu Maßnahmen, die mich in meiner Ehre zutiefst verletzten. Da ich solcher Art Durchsuchungen nicht ertragen kann, werde ich von heute an nicht mehr an den Gerichtsverhandlungen teilnehmen können."

Seite 503:

„Der Angeklagte **Metin Güngörmüs** bat ums Wort: Die Gefängnisleitung läßt Untersuchungen vornehmen, die in keinster Weise mit den allgemein geltenden Anstandsregeln in Einklang zu bringen sind. Um hier bei Gericht erscheinen zu können, war ich gezwungen, diese unsittlichen Maßnahmen über mich ergehen zu lassen. (...) Die Verhandlung befindet sich z.Z. bei der Beweisaufnahme. In Kürze werden wir zur Verteidigung kommen. Doch gerade jetzt hindert uns die Gefängnisleitung daran, mit unseren Anwälten zusammen zu kommen. Man läßt uns nicht mit unseren Anwälten sprechen, d.h. unser Recht auf Verteidigung ist beschränkt. (...) Hinzu kommen die Prügel und Schläge, die im Gefängnis in Metris ständig ausgeteilt werden. Wir fordern, daß diese Tatsachen den zuständigen Stellen weitergeleitet werden."

Seite 503:

„Der Angeklagte **Veli Yilmaz** bat um das Wort: In Kürze werden wir beim Stadium der Verteidigung sein. Aber die Dokumente, die Grundlage der Anklageschrift sind, sind uns bis heute nicht zugeleitet worden. Wir fordern, daß uns, um unsere Verteidigung überhaupt vorbereiten zu können, diese Unterlagen, sowie Schreibzeug und Papier und die erforderlichen Bücher ausgehändigt werden. Der Angeklagte erklärte weiter, daß er einen Schriftsatz vorbereitet hat, der die Unterdrückung im Gefängnis zur Sprache brächte und überreichte ein drei Seiten langes Papier."

Wie aus diesen Gerichtsprotokollen eindeutig zu ersehen ist, werden die Gefangenen in den Gefängnissen geschlagen, gefoltert, nackt ausgezogen und sogar bis in ihren After hinein durchsucht. Jene Gefangene, die diese Maßnahmen nicht über sich ergehen lassen wollen, dürfen nicht an der Gerichtsverhandlung teilnehmen. Da die meisten der politischen Gefangenen diese als Folter zu bezeichnenden Maßnahmen nicht dulden, erscheinen fast 99 Prozent der Angeklagten nicht bei der Gerichtsverhandlung, werden die Strafen gegen sie meistens in Abwesenheit ausgesprochen, ohne daß sie sich hätten verteidigen können. Es gibt sogar Angeklagte, die zum Tode verurteilt wurden, ohne daß sich auch nur einmal bei Gericht erschienen wären.

An Hand dieser Gerichtsdokumente kann man ebenfalls erkennen, daß ein Recht auf Verteidigung schlicht nicht besteht. Es ist den politischen Gefangenen nicht gestattet, sich mit ihren Anwälten zu treffen und ihre Verteidigung vorzubereiten. Noch nicht einmal die Unterlagen, die Gegenstand der Anklage sind, wurden bis heute den Gefangenen übergeben. Und sogar Schreibzeug und Papier werden ihnen vorenthalten.

Bringen die Angeklagten vor Gericht solche und ähnliche Dinge vor, so begnügt sich das Gericht in der Regel damit, einen Brief an die Gefängnisleitung zu schreiben. Vielfach erklärt das Gericht auch, daß es für solcherart Angelegenheiten nicht zuständig sei. Als Beispiel hierfür zitieren wir wieder aus den o.g. Gerichtsdokumenten.

Seite 505:

„Beschluß Nummer 10: Ein Teil der Angeklagten erklärte vor Gericht, daß sie im Gefängnis, bevor sie zur Verhandlung gebracht wurden, unmenschlichen Maßnahmen unterzogen wurden, sie nackt ausgezogen wurden, daß sie in dem Gefängnis gefoltert würden, daß sie bis hin zu ihren Geschlechtsteilen durchsucht würden, daß sie aus diesen Gründen nicht an der Verhandlung teilnehmen werden, den Ausführungen der Angeklagten schlossen sich die Angeklagtenvertreter durch ähnlich lautende Stellungnahmen an. (...) Unser Gericht hat beschlossen, diesen Sachverhalt der Kriegsrechtskommandantur mitzuteilen."

Bei den unten abgedruckten Auszügen handelt es sich um Auszüge aus den Gerichtsprotokollen aus dem Verfahren gegen die MLSPB in Istanbul.

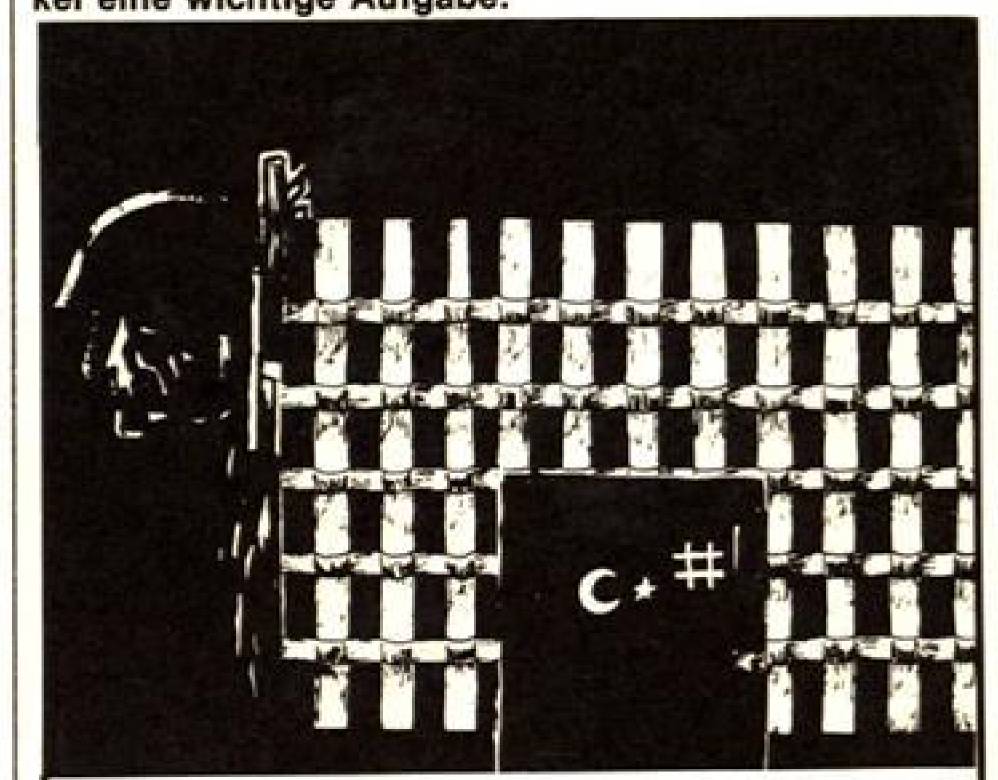
Die Angeklagten haben gegen die Folterungen in verschiedenen Gefängnissen protestiert. Wie aus den Auszügen ersichtlich ist, werden manchmal jene Gefangene, die solche Erklärungen abgeben, aus dem Verfahren ausgeschlossen und im Gerichtsgebäude zusammengeschlagen. Bei den Auszügen geht es um die Sitzung am 20.1.1984. Das Aktenzeichen lautet in diesem Prozeß: 981/195E.

„Als die Angeklagten auf Beschluß des Vorsitzenden aus dem Gerichtssaal herausgeführt werden, da sie in ungebührender Kleidung bei Gericht erschienen seien (Anm. der Red.: die Angeklagten waren auch zu Gericht lediglich in Unterhosen und Unterhemden erschienen, also so, wie sie in den Gefängnissen leben müssen.) war zu hören, daß die Angeklagten ‚Nieder mit den Faschisten' riefen. Der Vorsitzende stellte fest, daß von den anwesenden und inhaftierten Angeklagten **Süleyman Polat, Ali Delice, Turan Ulu** nur in Unterhosen zur Verhandlung gekommen waren und daß sie mit nackten Beinen im Sitzungssaal saßen. Sie wurden vom Gerichtsvorsitzenden ermahnt und aufgefordert, ihre Kleidung anzuziehen (Anm. d. Red.: Bei der Kleidung, die die Gefangenen zum Anlegen gezwungen werden, handelt es sich um die befohlene Einheitskleidung für politische Gefangene, die sich die Gefangenen seit Monaten weigern anzulegen.). Doch die Angeklagten weigerten sich dieser Aufforderung nachzukommen. Der Angeklagte **Ali Delice** zerriß seine gesamte Kleidung und warf sie auf den Boden. Darauf hin wurden die drei Angeklagten aus dem Sitzungssaal gebracht."

„Am 16.2.1984 forderte der Sitzungspräsident die Angeklagten auf, sich von ihren Plätzen zu erheben. Von den Angeklagten ergriff darauf hin der Angeklagte **Mehmet Faruk Aydin** das Wort und schrie Dinge wie: Wir stehen nicht auf, das was ihr da macht, hat man bei den Inquisitionsgerichten gemacht, früher im Mittelalter, bei diesem Verfahren werden wir gefoltert wie die damaligen Gerichte folterten." Diese drei Gefangenen wurden dann später außerhalb des Sitzungssaales bis zur Bewußtlosigkeit zusammengeschlagen.

Nach letzten uns vorliegenden Meldungen ist der Hungerstreik im „Mamak"-Gefängnis von Ankara nach 42 Tagen abgebrochen worden. Ein Sprecher der Häftlinge, der zur Zeit vor Gericht steht, teilte dies mit. Der Hungerstreik, der am 26.2.84 begann, richtete sich gegen Folter und andere menschenunwürdige Verhältnisse im Gefängnis. Die Häftlinge wurden zunächst noch stärker unterdrückt. So wurden bei einem Polizei- und Militäreinsatz am 15. März in Ankara 40 Häftlinge schwer verletzt.

Jetzt liegen uns erstmals Übersetzungen von Gerichtsprotokollen aus der Türkei vor, die belegen, wie es in Gefängnissen, bei den Verfahren dort zugeht. Unabhängig vom Ende des Hungerstreiks der Gefangenen des „Mamak"-Gefängnisses bleibt die Solidarität mit den tausenden politischen Gefangenen in der Türkei eine wichtige Aufgabe.



Solidarität mit den politischen Gefangenen in der Türkei

Das Komitee „Solidarität mit den politischen Gefangenen in der Türkei" führt zum Schutz des Lebens der politischen Gefangenen eine langfristig angelegte Kampagne durch und organisiert in diesem Rahmen verschiedenste Aktivitäten. Wer mehr Information haben will, Flugblätter, Unterschriftenlisten, persönlich oder als Gruppe eine Patenschaft für einen politischen Gefangenen übernehmen möchte —, oder die Arbeit des Komitees einfach durch eine Spende unterstützen will, kann sich an folgende Adresse wenden.

Komitee „Solidarität mit den politischen Gefangenen in der Türkei"
Michaelstraße 2b, 5000 Köln 1, Tel.: (0221) 239004
Spendenkonto: I. Polat, BfG Köln Nr. 2170354500 (BLZ 37010111) Stichwort: Poli. Gef. Türkei

MOVIMIENTO DE ACCION POPULAR MARXISTA LENINISTA (MAP-ML):

Die Haltung der Linken in Nicaragua zu den kommenden Wahlen

RM-Interview in Managua

Im Januar und Februar dieses Jahres bereiste ein Redakteur des Roten Morgen Nicaragua. Bei Treffen mit den Genossen der MAP-ML, der marxistisch-leninistischen Bewegung der Volksaktion, standen immer wieder Fragen der Weiterführung der Revolution von 1979 im Vordergrund.

Ein einstündiges Interview, das der RM-Redakteur zusammen mit einem Genossen der schweizer El-Salvador- und Nicaragua-Solidaritätsbewegung führte, stellt die Politik der MAP-ML dar und kritisiert einige Tendenzen der Politik der Frente, wie die Frente Sandinista de Liberacion Nacional kurz genannt wird.

Unser Gesprächspartner war der Genosse Carlos Cuadra, Mitglied der Führung der MAP-ML und Chefredakteur der Parteizeitung „Prensa Proletaria". Das Gespräch fand am 11. Februar, also noch vor Bekanntgabe des offiziellen Wahltermins (November 1984) durch Daniel Ortega von der Regierung des Nationalen Wiederaufbaus in Managua statt.

In dieser Ausgabe stellen wir die wichtigsten Aussagen zur Problematik der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zusammen.

Zunächst gab Genosse Carlos Cuadra eine allgemeine Einschätzung der Wahlvorbereitungen und analysierte die Klassenkräfte in Nicaragua und ihre Stellung zu diesen Wahlen.

Die Regierung des nationalen Wiederaufbaus und die FSLN haben die Durchführung von Wahlen beschlossen. Die bürgerliche Opposition hat diese Entscheidung mit Beifall zur Kenntnis genommen, nachdem sie lange Druck ausgeübt hatte, um diese Entscheidung zu erreichen.

Vier Jahre nach dem Triumph des Volkes gegen den Somozismus und der Errichtung der sandinistischen Macht wird ein Wahlprozeß eingeleitet, der das Ergebnis der Widersprüche zwischen der hauptsächlich ökonomischen und militärischen Macht der Bourgeoisie und des Imperialismus auf der einen Seite und der hauptsächlich politischen und militärischen Macht des Sandinismus ist.

Für die Bourgeoisie und die proimperialistischen Kräfte soll der Wahlprozeß zu einem größeren Anteil an der politischen Macht, zu mehr Beteiligung und Kontrolle über den Staat und zu mehr Spielraum für die Erweiterung ihrer sozialen Basis führen, auf dem Weg zur vollständigen Rekonstruktion ihrer Macht.

Für den Sandinismus und die Reste der nationalen Kräfte beinhaltet der Wahlprozeß eine taktische Bewegung, die Zugeständnisse an die bürgerliche Opposition beinhaltet, aber auf keinen Fall die Stabilität oder Erhaltung der Macht des Sandinismus und seiner Verbündeten gefährden darf.

Der Wahlprozeß erscheint daher für die Werktätigen als Teil des Machtkampfes zwischen dem Sandinismus und Resten der nationalen Kräfte und der oppositionellen Bourgeoisie und den pro-imperialistischen Kräften. Ein Machtkampf, den die Werktätigen ausnutzen müssen, um ihre selbständige Beteiligung, ihren eigenen Kampf um die Macht zu entwickeln.

Wenn die Werktätigen, die Arbeiter und Bauern nicht mit eigenen Forderung und revolutionären Aktionen, mit ihrer organisierten politischen Macht auftreten, dann hat dieser Machtkampf nur das Ergebnis der Institutionalisierung des formalen und legalen Kampfes zwischen der oppositionellen Bourgeoisie und dem Sandinismus und läßt die Möglichkeiten der Entwicklung einer Arbeiter- und Bauernmacht außen vor.

In jedem Kampf oder Diskussion über die Demokratie und die Macht, über die Richtung des revolutionären Prozesses muß sich die Arbeiterklasse an die Spitze des Volkes stellen und bis zur letzten Konsequenz und auf der Grundlage ihrer eigenen materiellen und politischen Interessen den Kampf für die Arbeiter- und Bauernmacht aufnehmen, für die Diktatur des Proletariats, für die sozialistische Richtung und Revolution.

Das Proletariat muß die „Öffnung" nutzen, um mit mehr Klarheit seinen antagonistischen Kamf gegen die Bourgeoisie und den Imperialismus, für den Sozialismus entwickeln und durchführen.

Weder der Bourgeoisie und die pro-imperialistischen Kräfte, noch das Kleinbürgertum und die Reste der nationalen Kräfte können dem Proletariat die vollständige soziale, ökonomische und politische Befreiung des Volkes garantieren.

Andererseits hören die Werktätigen, daß das Kleinbürgertum man sagt, daß es ihre Macht aufbaut, immer betont, daß die Reichen unverzichtbar sind, damit die Armen sich befreien können. Aber vom Kleinbürgertum kann weder die Demokratie noch die Macht der Arbeiterklasse geschaffen werden. Das Proletariat kann nur in Allianz mit den armen Bauern seinen eigenen Kampf entwickeln und führen und sich auf die eigenen Kräfte stützen beim Aufbau seiner Macht und seiner Demokratie.

Wenn in dem Wahlprozeß nicht die Bedingungen geschaffen werden für die politische und organisatorische Stärkung der Arbeiterklasse bedeutet er lediglich die Institutionalisierung und Legalisierung des Machtkampfes zwischen Bourgeoisie und Kleinbürgertum um die politische Macht und wird nicht zur Stärkung der revolutionären Kräfte beitragen.

Die Institutionalisierung des Machtkampfes zwischen Bourgeoisie und Kleinbürgertum wird die Entwicklung der Möglichkeiten zum Aufbau des Sozialismus und die Herausbildung der Arbeiterklasse als politische, unabhängige Kraft erschweren.

Im Gegensatz zu den bürgerlichen und imperialistischen Kreisen, die hoffen, legal, mit Hilfe der Wahlen, dem Volk das Rückgrat zu brechen, um weiterhin es ausbeuten zu können und im Gegensatz zu den Hoffnungen des Kleinbürgertums, die glauben, Absprachen zwischen Reichen und Armen „zum gegenseitigen Vorteil" und durch ihre „nationale Einheit" und die „gemischte Wirtschaftsform" erreichen zu können, muß sich das Proletariat und das ganze nicaraguensische Volk selbständig zu Wort melden, seine eigenen Kräfte entwickeln ohne politische Zwischenhändler und ihre wahrhaft sozialistischen Positionen gegen die Reichen und ihre Verbündeten vortragen.

Im folgenden wird die Kritik der marxistisch-leninistischen Kräfte Nicaraguas am Verfahren der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen deutlich.

Nicht einer der Vorschläge, auf den sich die oppositionellen Bourgeoisie und der Sandinismus und seine Verbündeten hinsichtlich des Wahlprozesses geeinigt haben, wurde entwickelt auf der Grundlage der Diskussion, der Zustimmung und des Kennes durch das organisierte Volk. Deshalb muß nicht nur eine Diskussions- und Konsultationsperiode über die Wahlformen begonnen werden, sondern über die Art und Weise wie diese Formen dazu beitragen, zur Schaffung der politischen, täglichen Vorherrschaft der Massen.

Das Volk hat sich noch nicht darüber ausgesprochen, ob es eine verfassungsgebende Versammlung der Gewerkschafts-, Bauern-, Soldaten- und Massenvertreter will —, eine Versammlung mit legislativen und exekutiven Funktionen.

Weder der Sandinismus noch die bürgerliche Opposition können garantieren, daß das, was sie vorschlagen, den Willen der Volksmassen widerspiegelt. Deshalb ist es notwendig, das Volk zu hören und seine Besorgnisse geltend zu machen, des Volkes nämlich, das sich auf den Barrikaden des Befreiungskampfes das Recht erkämpfte auf seine politisch führende Beteiligung.

Ein Referendum und die Mobilisierung der Massen sind notwendig, damit die Gewerkschaften, die CDS (comites de defensa sandinista = Sandinistische Verteidigungs-Komitees), die Bauern-Kooperativen, die Produktionskollektive, die Milizen, Soldaten und Militärs sich darüber äußern können, für welches Modell der Machtausübung sie stimmen wollen.

Gewählt werden sollen in Nicaragua eine Verfassungsgebende Versammlung und ein Präsident der Republik. Kritische Punkte bei der Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung sind einmal, daß es keine Rechenschaftspflicht dieser Versammlung gegenüber den Wählern —, höchstens gegenüber den Parteien gibt, und zum anderen, daß das Volk keinen Einfluß auf Entscheidungen, auch keine Absetzungsmöglichkeiten hat.

Die Problematik der Präsidentenwahl liegt in der Machtfülle und der Konzentration von Macht in der Hand eines zu wählenden Präsidenten, bzw. der hinter ihm stehenden politischen Partei. Dazu Genosse Carlos Cuadra:

Die Verfassungsgebende Versammlung ist die Idealform für die Bourgeoisie, da die Repräsentanten ohne Volkskontrolle die Gesetzgebung einheitlich und die Form und den Inhalt des Staates und der Regierung festlegen können.

Die Form „Präsident der Republik" ist die Idealform für das Kleinbürgertum, das so, ohne „Kopfschmerzen", die die Mobilisierung der Massen darstellt, für sich alle Macht konzentrieren kann.

Innerhalb der „Logik" der Nationalen Einheit und der gemischten Wirtschaftsform und im Machtkampf zwischen Bourgeoisie und Kleinbürgertum ist die Kombination Verfassungsgebende Versammlung und Präsident der Republik die „weiseste" Formel. Was wir wollen, ist die Volksmacht, die Macht der Arbeiter und armen Bauern, in einer Versammlung, an der alle Massenorganisationen beteiligt sein sollen, mit Kontroll- und Abberufungsmöglichkeiten für die Basisorganisationen und der Verbindung legislativer (gesetzgebender) und exekutiver (ausführender) Funktionen.

Von der Befragung und Mobilisierung der Massen zur Errichtung der Volksmacht der Arbeiter und Bauern und von dort zum Aufbau des Sozialismus mit dem Ziel des Kommunismus. Das ist der demokratische Weg der Arbeiter und Bauern in dem politischen Kampf, der in Nicaragua ansteht.

Y LOS MILES DE HEROES Y MARTIRES CAIDOS POR LA LIBERACION NACIONAL, LA DEFENSA Y CONSOLIDACION DE LA REVOLUCION POPULAR SANDINISTA

1927 FSLN 1981

Dieses Plakat, Nachdruck des RM-Posters aus der Nr. 13/84 kann zum Preis von 3,— DM (incl. Porto!) beim Verlag bestellt werden. Bestellungen für das Poster im Format DIN A2, zwei Farben bitte an: RM-Verlag, Postfach 30 05 26, 46 Dortmund 30. (Am besten den Betrag in Briefmarken der Bestellung beilegen.

Prensa Proletaria 7

POR LA UNIDAD DE LA CLASE OBRERA EN LA LUCHA POR EL SOCIALISMO Valor C$2.00

Revista Marxista Leninista
PUBLICACIONES DEL MAP-ML — Enero de 1984 — Managua, Nicaragua, Aptdo. 611 Tel. 23787

„Angesichts der Wahlen ruft die MAP-ML auf, den Wahlkampf in einen breiten, machtvollen Kampf der Klassen, des Proletariats gegen die Bourgeoisie, den Imperialismus und den Revisionismus zu verwandeln"



Buchtip:

Stefan Heym: Schwarzenberg

Stefan Heyms neuer Roman, der wie viele seiner Bücher nicht in seiner Heimat, in der DDR, erscheinen durfte, schildert den Versuch auf einem unbesetzt gebliebenen Stück Deutschlands nach dem 8. Mai 1945 ein demokratisches Staatswesen mit vielen sozialistischen Elementen zu gründen.

Auf dem Hintergrund der historischen Tatsache, daß der Landkreis Schwarzenberg mehr als sieben Wochen lang keine Besatzertruppen als Oberhoheit hatte und ein antifaschistischer Aktionsausschuß sich als Regierung konstituierte, spielt der Roman. Die Handlung, die Personen, ihre Probleme, Gedanken, Gefühle, ihre Geschichten sind erfunden, aber typisch für vieles in der Nachkriegszeit. Ohne die mit den Personen verbundene Bewertung der verschiedensten politischen Kräfte und Mächte immer zu teilen, finden wir dies ein interessantes Buch, ein Buch, das Denkanstöße gibt, zu Überlegungen reizt, über eine Utopie berichtet, die damals hätte Wirklichkeit werden können, die es immer noch werden kann.

Aus dem 14. Kapitel hier eine Leseprobe. Der Antifaschist Wolfram macht sich in einer Nacht daran, eine Verfassung für Schwarzenberg zu entwerfen. Wir zitieren einige seiner Überlegungen.

Die Deputierten, schrieb er, *vom Volk gewählt, sind, kollektiv und als einzelne, dem Volk verantwortlich und können jederzeit vom Volke abberufen werden. Die Deputierten konstituieren sich als Rat der Deputierten. Der Rat ist das höchste Organ der Republik.*

So weit so gut, sehr gut sogar: obwohl zum höchsten Organ der Republik gehörend, sollte keiner sich an seinen Sessel klammern dürfen; verantwortlich sein hieß antworten müssen, wenn Fragen gestellt werden, auch peinliche. Doch die bei den Deputierten liegende Macht der Gesetzgebung war nur die halbe Macht; Gesetze waren kristallisierte Gedanken, in wessen Hand legte man das Beil, das dem Gedanken folgte? In die eigene Hand am besten, dachte Wolfram, wenigstens bis sich geeignetere Hände fanden; außerdem demonstrierte man Kontinuität und eine sich anbahnende stabile Ordnung, indem man die Legitimation des Aktionsausschusses, die bisher darin bestanden hatte, daß kein anderer dagewesen war, als alles zerstob, in eine offiziell verliehene verwandelte. *Der Rat der Deputierten,* schrieb er bedächtig, *wählt aus seinen Reihen einen Aktionsausschuß. Der Aktionsausschuß,* er zögerte, wieviel Autorität sollte dieser erhalten, *führt die vom Rat oder vom Volk direkt beschlossenen Gesetze durch und erledigt die laufenden Regierungsgeschäfte.* Und dies noch gehörte dazu, Conditio sine qua non, *Die Mitglieder des Aktionsausschusses sind, kollektiv und als einzelne, dem Rat der Deputierten und dem Volk verantwortlich und können jederzeit vom Rat oder vom Volke abberufen werden.* (...)

Er begab sich zurück an den Tisch, um zu notieren, *Die Wirtschaft der Republik dient der sozialen Gerechtigkeit, ohne die alle Rechte und Freiheiten illusorisch sind.* Wieder der kategorische Ton, aber an dieser Stelle war er angebracht. Danach ging es nur noch um die zugehörigen Einzelbestimmungen, deren endgültige Formulierung man später ausarbeiten konnte: Als erste, *Alle Banken, Bergwerke, Hütten sowie Großbetriebe in Industrie und Handel werden Gemeineigentum.* Gemeineigentum jedoch war eins von jenen großen Worten, mit denen sämtliche Demagogen sich schmückten; benutzte man es schon, mußte man es so interpretieren, daß die Leute sich darunter etwas vorstellen konnten, es begreifen konnten, im ursprünglichen, physischen Sinne *begreifen,* und erkannten, daß dieses Eigentum auch ihr persönliches war; drang man damit nicht durch, so würde man erleben, wie an die Stelle des bisherigen Großeigners ein neuer, noch größerer, und dazu anonymer trat, ein Krake mit Saugarmen, die überallhin reichten, und mit der Denkfähigkeit und dem Charme eines Kraken. Daher war notwendig, unter erstens hinzuzufügen, *In allen in Gemeineigentum übergegangenen Betrieben werden Betriebsräte gewählt, die ihrerseits die Betriebsleitung wählen und im Einvernehmen mit dieser die inneren Angelegenheiten der Betriebe ordnen, die Arbeitsverhältnisse und die Löhne regeln und die Produktion kontrollieren.*

Stefan Heyms neuen Roman kann man auch im Versand des RM-Verlages bekommen.

Stefan Heym
Schwarzenberg
Roman
C. Bertelsmann

Stefan Heym: Schwarzenberg, Roman, Bertelsmann Verlag, 310 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag, 34,— DM (plus Porto)

RM-Verlag

Postfach 300526, 46 Dortmund 30.

Dies dann, dachte er, und dabei überlief es ihn wie ein frommer Schauder, war die Einführung der Demokratie in die Betriebe und mochte, wenn der Versuch gelang, der Anstoß sein zu einer neuen Haltung der Arbeiter zu den Produktionsmitteln und der Anfang vom Ende der Entfremdung von der eigenen Arbeit, über die Marx schon geschrieben hatte und die Ursache war nicht einmal so sehr der äußeren Verelendung des Proletariats als seines inneren Elends. (...)

Was jetzt zu folgen hatte, wußte er. Der Katalog der Freiheiten war etwas, mit dem er sich seit seiner Studienzeit befaßt hatte, und je mehr diese Freiheiten sich verringert hatten im Lauf der Jahre, desto intensiver hatte er sich mit ihnen beschäftigt, Therapie und Verteidigungsmechanismus zugleich gegen die immer enger werdende Verschnürung der Brust, bis, in der Todeszelle, das Ganze zu jenem feurigen Traum wurde, aus dem er an der Seite des jetzt friedlich hier schlafenden stummen Mädchens erwachte. Es bedurfte keines erneuten Nachdenkens, die Wunschliste zusammenzustellen; der Stift flog übers Papier. *Jeder hat das Recht, sich mit anderen zur Förderung legitimer Interessen zu vereinigen; das Streikrecht darf nicht angetastet werden. Es steht jedem frei zu reisen, wohin er will, sich niederzulassen, wo er will, auszuwandern, wann er will.* Und noch diese Garantien, *Niemand darf länger als 24 Stunden festgehalten werden, ohne dem Richter vorgeführt worden zu sein, von diesem den Grund seiner Verhaftung erfahren und die Möglichkeit erhalten zu haben, dritte Personen als Rechtsbeistand anzurufen. Angeklagte sind innerhalb vertretbarer Frist, spätestens aber drei Monate nach Beginn der Untersuchungshaft, vor Gericht zu stellen. Alle Gerichtsverhandlungen sind öffentlich. Die Richter werden vom Volke gewählt, sie sind in ihrer Rechtsprechung unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Die Todesstafe ist abgeschafft.*

Er holte Atem, tief und mit Genuß. Das Dach des Landratsamtes war in ein mildes Grau getaucht, das das Ende der Nacht ankündigte, und Paulas Schlaf war unruhig geworden. Viel blieb auch nicht mehr zu tun, dachte er, aber gerade das, was noch zu tun war, reizte ihn; er hatte es sich bis zum Schluß aufgehoben: ein Gedankenspiel, das Spiel mit dem Gedanken der Freiheit an sich, der Freiheit des Gedankens. Wie hatte doch die Luxemburg gesagt? Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden. Arme, wunderbare Frau; vielleicht hatte ihr unzeitiger Tod unter den Händen der Mörder verhindert, daß sie selbst eines nahen Tags mit dem aus ihrer Philosophie erwachsenden Dilemma konfrontiert wurde. Das Dilemma lag darin, daß die Andersdenkenden, indem sie anders dachten, nicht anders als fehlerhaft denken konnten, und daß der Fehler in ihren Gedanken, in die Tat übersetzt, Folgen haben würde, die verhütet werden mußten und die man am besten verhütete, indem man den Fehler schon im Gedanken unterdrückte. Tat man das nicht, so bestand die Gefahr, daß die Andersdenkenden sich mit ihren fehlerhaften Gedanken durchsetzten, und was würde sein, wenn sie sich dann nicht mehr an die Spielregeln hielten und ihrerseits ihren Andersdenkenden, aus bereits dargelegten Gründen, nicht die gleiche Freiheit einräumten, die ihnen gewährt worden war? Dieses, dachte Wolfram, hatte er ja wohl erlebt, so war das gelaufen in seinem Lande und lief es in anderen Ländern noch; sollte er, die einmalige Chance seiner Verfassung in der Hand, noch einmal in die Falle tappen, aber jetzt sehenden Auges? Oder nicht lieber die Freiheit für sich selber reservieren und für die, die gleich ihm dachten; es war leicht genug, ein paar harmlos klingende Beschränkungen einzuführen, Freiheit ja, aber im Rahmen des Gesetzes, oder soweit dem öffentlichen Interesse nicht zuwiderlaufend, oder insofern nicht im Widerspruch zu Sitte und Moral, und schon ließ sich alles in die schönsten geordneten Bahnen lenken. Aber die nur einer Gruppe, Partei, Sekte reservierte Freiheit hörte auf, Freiheit zu sein, und wie, wenn es dieser Gruppe, Partei, Sekte in den Kopf kam, gerade ihn auszustoßen, weil er aus irgendwelchen Gründen begonnen hatten, anders zu denken als sie?

Freiheit war ein Wagnis, das größte vorstellbare; aber das Risiko, das durch sie erwuchs, war dennoch geringer als die Gefahr des Verderbs, den jede Diktatur, auch die wohlwollendste, mit sich brachte, und die Gefahr der Korruption, die durch die Ballung von Macht in nur wenigen Händen entstand.

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

Arbeitslosentreffs der KPD

1. Für Nordrhein-Westfalen:
Sonntag, 6. Mai, 11 Uhr im zentralen Büro der KPD, Dortmund-Hörde

2. Für Norddeutschland:
Samstag, 12. Mai, 11 Uhr, Thälmann-Buchhandlung, Hamburg 6, Margarethenstraße 58

Themen: 1. Die aktuelle Lage, 2. Der Stand der Arbeit, 3. Die neue Zeitung, 4. Verschiedenes.

DORTMUND

Maiveranstaltung der KPD/Dortmund
„Sozialismus schafft Arbeit für alle"
Es sprechen: Betriebsräte zur Betriebsratswahl (Kurzberichte), Gewerkschaftsaktivisten zum Kamf um die 35-Stunden-Woche (aktueller Beitrag). Arbeitslose berichten über ihre Lage, Gäste aus Lothringen oder Yorkshire sind geladen; zum Thema „Arbeit für alle, Frieden, Arbeitermacht — das sozialistische Ziel der KPD" spricht Helmut Weiss, Chefredakteur des „Roten Morgen".
Es spielt die Theatergruppe „Hobelbühne" aus Frankfurt das Stück „Krach im Karnevalsverein Concordia" (zum Thema 35-Stunden-Woche).
Ort: Gaststätte „Haus Göbbeln", Schützenstraße/Ecke Feldherrnstraße.
Zeit: Montag, 30. April, 19.30 Uhr

STUTTGART

Maiveranstaltung der KPD/Stuttgart
„Sozialismus schafft Arbeit für alle"
Ort: Gaststätte „Friedenau", Rotenbergstr., Stuttgart-Ost
Zeit: Dienstag, 1. Mai, 15 Uhr

ESSEN

Koordinationstreffen von Aktivisten der 35-Stunden-Woche, mit Auswertung und Diskussion solcher Themen wie „betriebliche Mobilisierung" und „gewerkschaftliche Taktik"
Zeche Carl, Hömannstr. 10
Mittwoch, 18. April, 18.30 Uhr

Silkwood

Vor 10 Jahren starb Karen Silkwood. An einem Abend im November 1974 kommt die Achtundzwanzigjährige auf dem Highway 74 in der Nähe von Oklahoma City von der Fahrbahn ab und stirbt im Wrack ihres weißen Honda — in Sichtweite der Atomfabrik Cimarron des Kerr-McGee-Konzerns, wo sie als Laborantin arbeitete.

Karen Silkwood, Sprecherin der lokalen Gewerkschaftsgruppe war auf dem Weg zu einem Geheimtreffen mit einem Reporter der „New York Times". Sie wollte ihm Beweismaterial übergeben. Die Dokumente verschwinden von der Unfallstelle. Die Polizei untersucht nur kurz und befindet auf Selbstverschulden. Die Akte wird geschlossen.

Jahrelanger mutiger Kampf von Freunden, Initiativen, kritischen Reportern und anderen bringt dann aber Stück für Stück Licht in das dunkel dieses Falles, der aber restlos bis heute nicht aufgeklärt wurde. Doch mußte z.B. im Januar dieses Jahres das höchste Gericht der USA nach fast fünfjähriger Prozeßdauer den drei Kindern von Karen Silkwood 10,5 Millionen Dollar zusprechen. Zahlen muß der Energie-Gigant Kerr-McGee, weil Karen Silkwood nachweislich mit Plutonium verseucht war.

Diese wahre Geschichte, ein Horrorstück über Macht und Einfluß, über Menschenverachtung und Gewinnstreben der Atomanlagenbetreiber ist in den USA verfilmt worden. Seit seiner Premiere Mitte Dezember hat der Film schon 33,5 Millionen Dollar eingespielt. Nicht unbedingt ein Qualitätsbeweis aber Zeichen dafür, daß das Thema — ein ganz anderes als bei sonst üblichen Hollywood-Produktionen — auf Masseninteresse stößt.

Seit dem 6. April läuft dieser Film auch in bundesdeutschen Kinos. An dieser Stelle sei nochmals auf das vom RM schon im vergangenen Jahr empfohlene Buch „Wer tötete Karen Silkwood?" von Howard Kohn eingegangen. Diese spannend geschriebene Dokumentation schildert das Leben der Karen Silkwood, ihren Tod, die Schwierigkeiten bei den Recherchen des Falles.

„Wer tötete Karen Silkwood? — Mußte sie sterben, weil sie zuviel wußte?" Von Howard Kohn, 700 Seiten, Leinen mit vielen Fotos, Verlag 2001, 22,— DM.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mir - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Fr. 17 - 19 Uhr

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.